



Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020–2024

23. Sitzung vom 24. April 2023

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.00 Uhr

Leitung: Beatrice Büschlen (Präsidentin)

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Stefanie Glaser, Sirin Hauri, Thomas Schwarb, Brigitte Strondl

Präsidentin:

Beatrice Büschlen

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne heisst die Anwesenden zur heutigen Sitzung willkommen. Sie begrüsst ganz herzlich alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Gemeinderats, die Mitarbeitenden der Verwaltung, Linda Gerstner, die wieder das Protokoll erstellt und die Abstimmungsanlage bedient, und den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger. Sie freut sich auch über die politisch interessierten Besucherinnen und Besucher. Auch ihnen ein herzliches Willkommen. Ebenfalls begrüsst die Rednerin die Vertreter der Medien und das regioTVplus, dessen Drehgenehmigung des Einwohnerratsbüros nach wie vor gilt. Neben ihr hat auch wieder der Vizepräsident, Roman Oberli, Platz genommen.

Mitteilungen der Präsidentin

Der zweite Wahlgang der Gemeinderatsersatzwahlen vom vergangenen Wochenende haben ein Resultat gebracht. Im Namen des Einwohnerrats gratuliert die Präsidentin Lukas Alt herzlich zu seiner Wahl in den Gemeinderat. Sie wünscht ihm viel Erfolg und Freude in seinem Amt, einen guten Start und auch heute hier im Saal herzlich willkommen. *[Applaus]*

Leider gibt es auch einen bedauerlichen Rücktritt zu verkünden bzw. es gibt jemanden, der heute Abend seine letzte Sitzung hier im Rat hat und zwar Andrea Alt (Die Mitte). Sie kann an der nächsten Einwohnerratssitzung nicht anwesend sein, also hat sie heute ihre letzte Sitzung. Die Präsidentin bedankt sich ganz herzlich für ihr Engagement und ihre sehr disziplinierte Sitzungsanwesenheit. Danke. *[Applaus]*

Eine erfreuliche Medienmitteilung haben die Anwesenden vom Gemeinderat erhalten. Die Jahresrechnung der Gemeinde Binningen hat sehr, sehr positive Zahlen gebracht. Es zeigt auch, dass die Gemeinde über einen grossen Spielraum verfügt. Gespannt ist sie daher auf den Bericht der GRPK an der nächsten Einwohnerratssitzung im Juni. Die provisorisch angesetzte Einwohnerratssitzung im Mai wird voraussichtlich nicht benötigt, sofern man sich heute auf das Wesentliche konzentrieren kann. Sie bitte die Anwesenden daher, etwas auf ihre Redezeit zu achten. In den letzten Sitzungen war sie relativ grosszügig.

Präsenz

Für die Sitzung entschuldigt sind Thomas Schwarb, Sirin Hauri, Stefanie Glaser, alle Grüne/EVP, und Brigitte Strondl, SP. Es sind also 36 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 19 und das Zweidrittelmehr bei 25.

Neue Vorstösse

Nr. 158, Interfraktionelles Postulat: Job Ticket für die Mitarbeitenden der Gemeinde Binningen

Nr. 159, Interpellation St. Siegel, SVP: Sitzbänke im Wohngebiet

Nr. 160, Dringliche interfraktionelle Interpellation: Einseitige Behördenpropaganda im Binner Anzeiger zur Abstimmung des Werkhofneubaus vom 18. Juni 2023

Nr. 161, Interfraktionelles Postulat: Bezahlbare Wohnungen auf dem Spiesshöfli-Areal ermöglichen

Vor der Abstimmung über die Dringlichkeit, möchte die Präsidentin wie üblich eine Probeabstimmung durchführen. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Dringlichkeit interfraktionelle Interpellation: Einseitige Behördenpropaganda im Binner Anzeiger zur Abstimmung des Werkhofneubaus vom 18. Juni 2023

Interpellant Christoph Daniel Maier, FDP äussert, er und die Mitunterzeichnenden der Interpellation haben diese Behördenpropaganda im letzten Binner Anzeiger im amtlichen Teil gelesen. Sie sind der Meinung, dass sie gegen die Regeln verstösst, die Behördeninformationen in Bezug auf anstehende Abstimmungsvorlagen vorsehen, wie sie in konstanter Praxis vom Regierungsrat, vom Kantonsgericht und

auch vom Bundesgericht verteidigt werden. Ihrer Ansicht nach müssen Behördeninformationen im Vorfeld einer Abstimmung ausgeglichen sein. Selbstverständlich müssen sie Information transportieren, aber sie dürfen sich nicht einseitig äussern. Insbesondere dürfen sie sich nicht im amtlichen Teil einen amtlichen Anstrich geben resp. mit einem amtlichen «Mänteli» umgeben. Es steht dem Gemeinderat natürlich frei, sich im allgemeinen Teil des gleichen Publikationsorgans zu äussern, auch als Gremium. Selbstverständlich auch dort nur in ausgeglichener Form. Das scheint ihm noch wichtig.

Die Präsidentin bittet den Votanten, sich auf die Dringlichkeit zu beschränken.

Christoph Daniel Maier, FDP erklärt, wenn eine Abstimmung ansteht, sei es wichtig, dass man die Spielregeln für alle Seiten kennt. Entsprechend ist dies eine dringliche Sache, da der Abstimmungstermin am 18. Juni 2023 gesetzt ist. Es ist dringlich zu wissen, wo der Gemeinderat hier steht.

Thomas Hafner, Mitte/GLP äussert, auch wenn seine Fraktion nicht gleicher Meinung ist wie der Interpellant, findet er, man sollte dieser Dringlichkeit Folge leisten. Zum einen ist die Abstimmung vor der nächsten Einwohnerratssitzung. Zum anderen findet die Mitte/GLP es nur richtig, dass auch die Gegen Darstellung im Binninger Anzeiger vom Gremium dargestellt werden kann. Im Gegenzug müsste umgekehrt auch das Gegenkomitee diese Möglichkeit haben. Daher appelliert er, dieser Dringlichkeit zuzustimmen, einfach auch damit man diskutieren kann.

Simone Abt, SP signalisiert, auch die SP-Fraktion habe keine Einwände gegen die Dringlichkeit.

ABSTIMMUNG

Dringlichkeit: 35 JA / 1 Enthaltung (vgl. Anhang, Abstimmung 02)

Das erforderliche Zweidrittelmehr zur Gewährung der Dringlichkeit wurde erreicht.

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung der interfraktionellen Interpellation: «Einseitige Behördenpropaganda im Binninger Anzeiger zur Abstimmung des Werkhofneubaus vom 18. Juni 2023» wird beschlossen.

Die Interpellation wird am Schluss der Sitzung, vor dem Diversa, beantwortet.

Traktandenliste

Thomas Häfele, FDP informiert, seine Fraktion beantrage, dass Traktandum 5 vertagt wird. Dies, um dem Gemeinderat die Möglichkeit zu geben, überarbeitete Unterlagen vorzulegen, welche eine korrekte und ordentliche zweite Lesung des Geschäfts Nr. 139 erlauben. In der vorletzten Sitzung vom 30. Januar 2023 wurde das teilrevidierte Wasserreglement in erster Lesung behandelt. Die Basis für eine zweite Lesung muss daher der in der ersten Lesung revidierte Text sein. Die vom Gemeinderat für die Sitzung verteilten Unterlagen entsprechen allerdings nicht dem in erster Lesung verabschiedeten Text des Reglements. Gewisse Änderungen aus der erste Lesung wurden nicht vollzogen. Der Wortlaut des Reglements, das in erster Lesung vom Rat beschlossen wurde, ist nirgends in den verteilten Unterlagen vorhanden. Die FDP beantragt daher, dass die zweite Lesung vertagt und neue Sitzungsunterlagen verteilt werden, beinhaltend den Text der ersten Lesung.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP weist darauf hin, im Einwohnerratsgeschäft stehe relativ klar, was der Einwohnerrat letztes Mal beschlossen hat. Es steht auch klar, wie die IWB bzw. der Gemeinderat dazu Stellung nimmt. Wenn man nun einen Rückweisungsantrag gutheisst, erhält man das nächste Mal eigentlich nicht viel mehr und kann inhaltlich genau das Gleiche diskutieren, das man jetzt bereits diskutieren könnte. Es scheint ihr ein bisschen eine Alibi-Übung zu sein, die man hier durchziehen möchte. Es verursacht Aufwand, der in der Sache nichts bringt. Die Ratsmitglieder können über den § 20 Abs. 7 diskutieren. Die Situation ist klar. Sie ist im Einwohnerratsgeschäft unmissverständlich beschrieben. Die Rednerin weiss daher nicht, was eine Rückweisung in dieser Sache bringen soll.

Thomas Häfele, FDP möchte präzisieren, dass es nicht um eine Rückweisung, sondern um eine Vertagung des Traktandums gehe. Es ist sicher keine Alibi-Übung. Für eine zweite Lesung braucht man eine korrekte Grundlage. Ohne Protokoll der ersten Lesung ist es nicht möglich, den korrekten Text, den man heute verhandeln müsste, wiederherzustellen. Daher findet er nicht, dass es eine Alibi-Übung ist.

Sven Inäbnit, FDP möchte sich gegen den Ausdruck «Alibi-Übung» deutlich verwahren. Der Einwohnerrat ist ein Parlament. Eine zweite Lesung, ohne die Grundlage der ersten Lesung zu haben, ist einfach nicht seriös. Auf was soll man sich in der Verhandlung und in der Beratung genau beziehen? Wird den Anwesenden die erste Lesung nochmals von der Präsidentin vorgelesen, wenn man zu diesen Paragrafen kommt? Diese steht ja nirgends schriftlich. Das geht seiner Ansicht nach einfach nicht. Das ist kein Verfahren. Auch wenn man argumentieren kann, dass inhaltlich eigentlich alles vorliegt, aber eine solche zweite Lesung ist sicher auch anfechtbar. Er ist der Meinung, ohne Grundlage geht es nicht.

Marc Schinzel, FDP kann nur wiederholen, was bereits gesagt wurde. Beim Bund ist es völlig selbstverständlich, dass man eine Fahne erhält, die den Stand aus der ersten Beratung aus dem ersten Rat und den Stand in der Kommission des zweiten Rats genau darlegt. Das ist übersichtlich. Man kann es natürlich als Formalismus oder mit dem relativ hässlichen Begriff «Alibi-Übung» abtun. Da kann er aber überhaupt nicht dahinterstehen. Nein, es ist kein Formalismus. Man muss sich im Parlament und im Gemeinderat einfach daran gewöhnen, dass wirklich saubere Vorlagen hier ins Parlament gebracht werden, dass die Synopse sauber gemacht wird und man auch genau weiss: Was ist der Text, der in der ersten Lesung beschlossen wurde? Über was stimmen wir ab? Das kann man im Moment als unbedeutend abtun. «Das wissen wir ja eh. Wir sind alle gescheit genug.» Nein. Es ist einfach der Minimalstandard, den man im Parlament hat. Wenn der Redner beim Bund so etwas liefern würde – er arbeitet in der Bundesverwaltung –, dann würde dies nie akzeptiert werden. Es würde sofort zurückgewiesen und man bekäme einen ziemlichen Rüffel des Parlaments resp. der Parlamentsdienste. Dann müsste es nochmals gemacht werden. Das ist einfach so. Er bittet darum, sich diese Sorgfalt zu Herzen zu nehmen und es so zu machen, wie es eigentlich üblicher Standard ist im Parlamentsbetrieb.

ABSTIMMUNG

Anpassung der Traktandenliste: Vertagung Geschäft Nr. 139:
21 JA / 10 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 03)

://: Es wird folgende Änderung der Traktandenliste beschlossen:

- Das Geschäft Nr. 139: «Teilrevision Wasserreglement und Nachtrag zum Wasservertrag mit IWB, 2. Lesung» wird vertagt.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 13. März 2023	
2. Ersatzwahlen Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2024	156
3. Bericht / Antrag des ER-Büros vom 03.04.2023 Bericht des Delegierten des Einwohnerrates der Versorgungsregion ABS	155
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.03.2023 Versorgungskonzept Allschwil, Binningen und Schönenbuch Geschäftskreisführung: Stephan Appenzeller	154
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.01.2023 Interpellation K. Müller, SP: Raumprobleme bei den Kindergärten Geschäftskreisführung: Rahel Bänziger	143
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.01.2023 Motion P. Frauchiger, FDP: Rückkehr zu einer zeitlich und örtlich eingeschränkten Wildplakatierung: für eine Übergangslösung z.G. der politischen Meinungsbildung Geschäftskreisführung a.i.: Caroline Rietschi	144
7. Dringliche interfraktionelle Interpellation: Einseitige Behördenpropaganda im Binninger Anzeiger zur Abstimmung des Werkhofneubaus vom 18. Juni 2023 Geschäftskreisführung a.i.: Caroline Rietschi	160
8. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 13. März 2023

Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne informiert, in der Büro-Sitzung seien keine Änderung beantragt worden. Gibt es aus dem Rat Änderungswünsche zum Protokoll der letzten Sitzung?

Keine Wortmeldungen.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 156

Ersatzwahlen Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

Luzia Sutter Rehmann, Grüne/EVP teilt mit, ihre Fraktion habe den Sitz von Beatrice Büschlen in der GRPK zu ersetzen resp. jemanden für die Nachfolge vorzuschlagen. Die Grüne/EVP empfehlen Thomas Schwarb als ordentliches Mitglied. Er ist im Moment Ersatzmitglied der GRPK. An neues Ersatzmitglied wird Prisca Glaser nominiert. Beatrice Büschlen war zudem Vize-Präsidentin der GRPK. Thomas Schwarb wäre bereit, das Vize-Präsidium der Kommission zu übernehmen. In diesem Sinn schlägt ihn die Fraktion auch als Vizepräsidenten der GRPK vor.

Es werden keine weiteren Wahlvorschläge gemacht.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

- ://: 1. Für die restliche Amtsperiode wird Thomas Schwarb, Grüne/EVP, als Mitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.
- ://: 2. Für die restliche Amtsperiode wird Prisca Glaser, Grüne/EVP, als stellvertretendes Mitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.
- ://: 3. Für die restliche Amtsperiode wird Thomas Schwarb, Grüne/EVP, als Vizepräsident der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.
-

Traktandum 3

Gesch. Nr. 155

Bericht des Delegierten des Einwohnerrates der Versorgungsregion ABS

Präsidentin Beatrice Büschlen, Grüne legt dar, es gehe hier um eine Kenntnisnahme des Berichts des Delegierten des Einwohnerrats der Versorgungsregion ABS von 2021, welcher in Form einer Aktennotiz

vorliegt. Diese Aktennotiz stammt aus dem Jahr 2022. Der Bericht konnte erst jetzt veröffentlicht werden, weil die Form, Ort und Zeitpunkt lange nicht klar waren. Zurzeit wird die Form der Berichterstattung für andere Kommissionen und Fachbehörden beraten. Damit die Informationen des Delegierten des Einwohnerrats für das Jahr 2021 zur Kenntnis genommen und abgeschlossen werden können, hat das Büro beschlossen, diesen Bericht dem Rat zur Kenntnis vorlegen. Mit der Berichterstattung für das Jahr 2022 wird zugewartet bis die generelle Frage bzgl. Umgang mit der Berichterstattung von Fachbehörden geklärt ist.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Daniel Setz, FDP dankt dem Büro und speziell Peter Heiz für den informativen Bericht. Der Bericht zeigt, dass das Thema «Altersvorsorge» ein wichtiges, gesellschaftliches Thema ist und uns alle für die nächsten Jahre und Jahrzehnte begleiten wird. Mit Peter Heiz hat man eine engagierte Person, die den Einwohnerrat parteiunabhängig vertritt. Seine über die Jahre erarbeitete Erfahrung als Arzt ist sehr wertvoll in dieser Delegiertenversammlung. Die Fraktion dankt Peter Heiz für sein Engagement und wünscht ihm viel Freude und Erfolg in der Ausübung seines Mandats.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht in Form der Aktennotiz von 2021 des Delegierten der Versorgungsregion ABS zur Kenntnis.

Traktandum 4

Gesch. Nr. 154

Versorgungskonzept Allschwil, Binningen und Schönenbuch

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Simone Abt, SP möchte den Dank der SP-Fraktion an den Gemeinderat vorausschicken, hier waren verschiedene Personen involviert, an den Delegierten des Binninger Einwohnerrats, sein Bericht war Inhalt des Traktandums davor, und an die beteiligten Gremien der Versorgungsregion für ihre lange und ausdauernde Arbeit. Das Resultat kann sich sehen lassen. Am 26. April 2023 findet zum Abrunden eine öffentliche Informationsveranstaltung statt. Das schätzt die SP und hofft, dass diese rege besucht wird.

Zur Sache: Die Votantin hat den Eindruck, man sei sich einig. Ein investierter Franken kann durch einen verzögerten oder verhinderten Heimeintritt zwei- bis dreifach eingespart werden. Darum «ambulant vor stationär» in sieben Stufen. Das Konzept mit dem Kaskadensystem von unabhängig über ambulant, über Intermediär-Angebote zu stationär als Ultima Ratio überzeugt grundsätzlich. Es besteht allerdings die Gefahr, dass man das ambulante Setting resp. die einzelnen Stufen überlastet. Dies führt im schlimmsten Fall zu Burnouts und Frustration bei Angehörigen und Freiwilligen, die eine wertvolle Arbeit leisten. Erzeugt man auf einer Stufe dieses Konzepts Druck, um mehr herauszuholen – zum Beispiel Druck auf Freiwillige oder Angehörige, dass sie noch mehr leisten sollen –, führt dies im ungünstigsten Fall dazu, dass Menschen aufgeben und zum Entscheid gedrängt werden, ins Pflegeheim zu ziehen resp. ihre An-

gehörigen ziehen zu lassen. Das System «ambulant vor stationär» funktioniert nur, wenn es von unterstützenden Angeboten flankiert wird, wenn Anreize geschaffen werden und die Mitwirkung attraktiv ist für die, deren Leistung abgeholt werden soll.

Den drei Anträgen der FDP, die die Fraktion im Vorfeld der Sitzung zugestellt erhalten hat, kann die SP nicht zustimmen. Es sind alles Anträge, die nicht nur einfach präzisieren möchten, sondern sie wollen auch einschränken oder können dies zumindest. Das erscheint der SP kontraproduktiv. Sie ist der Auffassung, dass sich Investitionen und Ausbau in allen Bereichen des Versorgungskonzepts durchaus lohnen. Anerkennung ist wichtig und öffentlicher Dank ist schön. Corona-Zeit lässt grüssen und die Pflegenden in dieser Zeit. Das reicht aber nicht. Es war dort so und ist auch jetzt so. Es braucht ganz konkret Entlastungsbetten, -plätze und finanzielle Unterstützung für Angebote, die von den Betroffenen in Anspruch genommen werden und zwar in einem Ausmass, das über ein Almosen hinausgeht. Auch finanzielle Entschädigungen für pflegende Angehörige bspw. dürfen kein Tabu-Thema sein. Es gibt nämlich Fälle, wo dies mehr als nur sinnvoll wäre.

Freiwillige und pflegende Angehörige sind ein gewichtiger wirtschaftlicher Faktor im Gesundheitswesen und entsprechend sollte man sie auch behandeln. Die Rednerin ist der Ansicht, es lohne sich, hier gross zu denken und nicht dogmatisch zu sein. Auf allen Stufen, nicht nur im intermediären Bereich wie die FDP anregt, ist Innovation und Kreativität gefragt. Sie appelliert, die Inspiration aus der Versorgungsregion zu nutzen, aber auch aus anderen Regionen und über die Kantonsgrenze hinaus. Es steht der Gemeinde gut an, hier zu den Besten und Innovativsten zu gehören. Weil wir unsere Einwohnerinnen und Einwohner, unsere Steuerzahler/-innen wertschätzen, gerade auch wenn sie alt werden oder Angehörige pflegen, unterstützen und begleiten. Die Fraktion nimmt das Versorgungskonzept zur Kenntnis, genehmigt die strategische Ausrichtung und Ziele (Kapitel 3) und nimmt den Bericht des Gemeinderats zu den Empfehlungen des Einwohnerrats zur Kenntnis. Die drei Anträge der FDP lehnt die SP ab.

Andrea Alt, Mitte/GLP bedankt sich namens ihrer Fraktion beim Gemeinderat und dem Delegierten Peter Heiz für den vorliegenden Bericht resp. für das Versorgungskonzept und die Mitarbeit. Sie nehmen zur Kenntnis, dass jede Gemeinde ein anderes Vorgehen zur Genehmigung dieses Konzepts hat. Der Einwohnerrat in Binningen hat beschlossen, dass er diesen Teil der strategischen Ausrichtung sowie die Ziele der Versorgungsregion des Konzepts im Rat genehmigen möchten. Die Mitte/GLP wird die Anträge 1 und 3 des Gemeinderats zur Kenntnis nehmen. Das Konzept überzeugt sie. Zur Genehmigung der einzelnen strategischen Ziele und der Anträge der FDP möchten sie sich nach der Diskussion im Einwohnerrat ihre Meinung bilden. Sie konnten die Anträge in der Fraktion nicht diskutieren.

Luzia Rehmann Sutter, Grüne/EVP stellt fest: es ist gearbeitet worden. Die Aufgabe ist auch gross und sicher nicht einfach. Dies weiss die Fraktion zu würdigen. Die Grünen/EVP nehmen das Konzept zur Kenntnis, sie bedanken sich beim zuständigen Gemeinderat und stimmen den Anträgen zu. Sie fanden es in der Fraktion aber schade, dass die Informationsveranstaltung erst nächsten Mittwoch, also erst nach der Einwohnerratssitzung, stattfindet. Es wäre für die Diskussion vielleicht ganz fruchtbar gewesen, wenn es umgekehrt gewesen wäre. Die Bevölkerung zu informieren ist wirklich das A und O dieses Konzepts. So wie es auch in der Präambel steht. Dass die Leute wissen, was es gibt und was sie erwarten können, ist ein Langzeitprojekt. Es ist im Grunde genommen ein Bildungsprojekt. Die Grünen/EVP bittet den Gemeinderat immer wieder und allgemein verständlich an diesem Thema dranzubleiben.

Die Fraktion hat die strategische Ausrichtung im Konzept (Kapitel 3) genau angeschaut und diskutiert. Sie finden sie gut, möchten aber auf Folgendes den Finger legen: Unter 3.3 geht es darum, die Angebote zu kennen und Unterstützung zu erhalten. Das scheint ihnen der Dreh- und Angelpunkt des ganzen Konzepts. Für betroffenen Menschen ist es oft nicht mehr gut einzuschätzen, was es alles gibt, worauf sie ein Anrecht haben, aber auch was sie nun brauchen. Die Mutter der Rednerin ist bspw. 95 Jahre alt und würde immer noch Auto fahren. Sie ist der Meinung, sie würde auch kaum Hilfe benötigen. Sie würde

nichts in Anspruch nehmen, wenn es nach ihr ginge. De facto geht aber fast gar nichts mehr. Also brauchen die Angehörigen und die Begleitenden Beratung und Unterstützung. Für sie ist alles neu. Es kommt manchmal über Nacht ganz plötzlich. Hier braucht es genügend Ressourcen, Zeit, Gespräche und die Möglichkeit, sich ein Bild der Situation zu machen. Dafür braucht es Fachpersonen und gute Beratung. Die begleitenden Personen müssen Schritt für Schritt herausfinden, was für ihre Angehörigen jetzt nötig und richtig ist. Das ist nicht nur unübersichtlich, es ist oft auch konfliktrichtig. Darum wünscht sich die Fraktion dringend die Einplanung von genügend Ressourcen. Sonst trägt das ganze Konzept trotz aller schönen Begriffen nicht und die Betroffenen werden sich alleine fühlen oder orientierungslos sein.

Unter Punkt 3.10 geht es nochmals um die begleitenden Angehörigen oder Freiwilligen und um optimale Rahmenbedingungen. Verantwortung zu übernehmen ist letztlich immer freiwillig. Man kann immer sagen, man habe jetzt keine Zeit und keine Lust und überhaupt. Es ist nicht selbstverständlich, dass Menschen über Jahre Leute pflegen oder alte Leute begleiten. Das Versorgungskonzept baut auf diesem Netz von Menschen auf, die sagen: «Ja, das mache ich freiwillig.». Daher sollten auch die Gemeinde und die Gemeinschaft dies unterstützen. Bei einer Entschädigung handelt es sich um einen Anreiz und nicht um eine Entlohnung. Alle Betreuenden müssen ihre Aufgabe nämlich auch dann weiterführen, wenn sie keine Zeit oder Kraft übrig haben. Die Entschädigung hilft, sich in diesen Situationen zu organisieren, dran zu bleiben und auf einiges zu verzichten, damit die Betreuungsaufgabe trotz allem ordentlich gemacht werden kann. Wenn uns als Gemeinschaft oder Gemeinde etwas daran liegt, dass Personen Verantwortung übernehmen, dann sollte man auch Anreize schaffen, Wertschätzung zeigen und Unterstützung für die Verantwortungsträger bereitstellen. Darauf werden die Grünen/EVP immer wieder ein Auge werfen. In diesem Sinn wird die Fraktion die Anträge des Gemeinderats annehmen und die der FDP nicht.

Sven Inäbnit, FDP äussert, auch die FDP danke ganz herzlich für die Erarbeitung dieses Versorgungskonzepts allen, die dabei mitgewirkt haben. Insbesondere nehmen sie sehr erfreut zur Kenntnis, dass die Leistungserbringer einbezogen wurden. Das war ihnen von Anfang an ein ganz wichtiges Anliegen. Um es vorweg zu nehmen: Auch die FDP ist mit den Anträgen 1 und 3, bei denen der Gemeinderat Kenntnisnahme beantragt, einverstanden. Sie haben dazu auch keine Anmerkungen. Zu Antrag 2 bzgl. der strategischen Ausrichtung erklärt er, es sei tatsächlich so, dass der Einwohnerrat beschlossen hat, dass er sich hierzu äussern und festlegen kann, wo Binningen die strategische Ausrichtung sieht. Grundsätzlich kann der Redner festhalten, dass seine Fraktion mit den strategischen Zielen 1 bis 11 durchaus einverstanden ist. Es ist wichtig, dass in diesem Konzept die drei Bereiche ambulant, intermediär und stationär angesprochen werden, wobei die FDP ganz klar der Meinung ist, dass das Intermediär-Konzept der Teil ist, der am meisten Kostendämpfungseffekt haben wird. Das hat auch die SP-Fraktion so gesehen und bestätigt. Mit anderen Worten: Die Intermediär-Strukturen, die leider im Moment in der ganzen Alterspolitik zu wenig ausgeprägt vorhanden sind, brauchen einen klaren Fokus. Denn dort liegen letztendlich eine Dämpfung und ein gewisses Einsparpotenzial. Der Votant möchte die Präsidentin anfragen, wie sie bzgl. der Anträge vorgehen möchte, die seine Fraktion zu den strategischen Zielen eingereicht hat. Er kann sich gerne jetzt dazu äussern, dann hört auch der Gemeinderat die Begründung zu den Anträgen.

Die Präsidentin teilt mit, dass keine weiteren Anträge eingegangen sind. Sie gibt dem Votanten nochmals das Wort, um die Anträge der FDP zu begründen.

Sven Inäbnit, FDP erwähnt, die FDP sei überhaupt nicht gegen die strategischen Handlungsfelder. Sie möchte einfach einen klaren Fokus reinbringen, z.B. in das strategische Ziel 6. Das ist ihr erster Antrag. Dort geht es ihnen nicht darum, nur den Intermediär-Fokus zu propagieren, sondern sie haben es in ihrem Wording-Vorschlag einfach umgestellt. Dass man schreibt: «[...] intermediäre Strukturen sowie innovative Projekte [...]» und nicht wie vorgeschlagen «[...] innovative Projekte z.B. intermediäre Strukturen [...]». Damit möchten sie den Verantwortlichen der Versorgungsregion bei diesem Ziel einen klaren Fokus mitgeben. Das schliesst alle anderen guten Ideen nicht aus. Die möchten sie auch entwickeln und fördern. Aber es scheint ihm wichtig, zu zeigen, dass man einen Fokus auf diesen Bereich legt, letztlich

auf die «low hanging fruits», und sich darauf konzentriert. Antrag 2 ist nicht unbedingt ein Antrag, der inhaltlich etwas ändert. Die Fraktion versteht einfach den letzten Satz des strategischen Ziels 8 nicht. Sie verstehen nicht, was damit gemeint ist und möchten eine klarere Aussage. Das ist ihr Anliegen. Es ist ein Vorschlag. Wenn jemand einen anderen Vorschlag in diese Richtung hat, ist das auch gut.

Der dritte Antrag hat natürlich eine grössere Auswirkung. Die FDP möchte dort die Mitfinanzierung rausnehmen. Es bleibt aber nach wie vor die Förderung des Einsatzes von Freiwilligen und pflegenden Angehörigen. Der Redner möchte ganz klar betonen, dass dies absolut in ihrem Ziel und ihrer Absicht ist. Sie sind einfach dagegen, bereits hier festzuschreiben, dass eine solche Unterstützung und Förderung dieser Einsätze zwingend über eine Mitfinanzierung gehen muss. Es gibt bereits eine Mitfinanzierung bei den pflegenden Angehörigen. Es gibt ein Reglement in Binningen, welches dies klar regelt. Freiwillig ist halt eben auch freiwillig. Das heisst aber nicht, dass man bei der Weiterentwicklung des Konzepts nicht auch überlegen kann, was es für Anreize gibt, die vielleicht sogar in die finanziellen Anreize hineingehen. Der Streichungsantrag der Fraktion für den Passus «[...] und eine Mitfinanzierung [...]» zielt nicht a priori darauf ab, dass diese keine Chance hat. Aber die FDP möchte es offenlassen, dass man – man steht ja erst am Anfang dieses Konzepts und der Umsetzung – dort frei ist und auch mit anderen Ideen arbeiten könnte als primär mit einer finanziellen Unterstützung.

Konrad Widmer, SVP erwähnt, im Prinzip könne er nachvollziehen, was die FDP mit ihren Anträgen möchte. Er hätte aber eine Frage zu Antrag 1. Wieso soll sich die Innovation nur auf die Punkte 1 bis 5 beziehen? Gerade bei der Freiwilligenarbeit wäre Innovation sicher auch nicht schlecht. Hat sich die Fraktion dazu spezielle Gedanken gemacht?

Sven Inäbnit, FDP dankt für die Frage. Die FDP hat festgestellt, dass die Themen 1 bis 5 die inhaltlichen Grundsätze sind, wo innovative Projekte grundsätzlich möglich sind. Wenn der Wunsch besteht, dies auch noch auf das strategische Ziel 10 zu beziehen, dann ist er absolut einverstanden. Da hat seine Fraktion nichts dagegen. Entweder schreibt man 1 bis 5 und 10 oder sogar 1 bis 11. Das kann man auch machen. Das war absolut kein strategischer Punkt, sondern eher eine Konzentration auf die ersten Fünf.

Gemeinderat Stephan Appenzeller, SP erläutert, die Ausgangslage, weshalb die Anwesenden das Thema behandeln, ist die demographische Entwicklung im Kanton und in den Gemeinden. Die Bevölkerung wächst, sie wird älter und dies schon seit Langem. Wenn man die letzten 40 Jahre zurückgeht, dann hat sich in dieser Zeit der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre in Baselland mehr als verdoppelt und der Anteil der über 80jährigen sogar mehr als verdreifacht. Diese Entwicklung wird weitergehen. Prognosen sehen bis ins Jahr 2050, länger gehen sie nicht, weiter ein starkes Wachstum vor. Nicht nur in Baselland, sondern natürlich auch in Binningen. Was heisst dies für die Versorgungsregion, die Binningen gemeinsam mit Allschwil und Schönenbuch macht? Wenn die hochaltrige und unterstützungsbedürftige Bevölkerung wächst, nimmt natürlich auch die Nachfrage nach Dienstleistungen in der Altersbetreuung und -pflege zu. Das heisst, die ambulanten Dienstleister, insbesondere die Spitex, aber auch andere in diesem Segment, werden wachsen müssen. Die stationären Dienstleister in den Alterszentren müssen um weitere Wohnformen wie Betreutes Wohnen, Wohnen mit Dienstleistung und intermediäre Angebote ergänzt werden. Zur Begriffsklärung: Intermediäre Angebote sind Tages- und Nachtstätten oder zeitlich befristete, stationäre Heimeintritte wie Ferienbetten und Entlastungsbetten. Also alles, was zwischen «man wohnt 100 Prozent in der eigenen Wohnung» und «man wohnt 100 Prozent im Pflegeheim» ist.

Dies alles bedeutet in der Konsequenz, dass die Kosten der Gemeinden weiter ansteigen werden. Das ist alleine aufgrund des Mengenwachstums unvermeidlich. Man darf nicht vergessen, die ambulante und stationäre Pflege und Betreuung ist im kommunalen Budget einer der Posten, der in den letzten Jahren am stärksten gewachsen ist. Der Redner erinnert an die Zusammenstellung, die er für die letzte Sitzung gemacht hat zur Beantwortung der Motion von Daniel Zimmermann. Was heisst dies für die Politik? Es müssen zwei Aufgaben gelöst werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Leistungserbringer, die Spitex, die Altersheime und die weiteren Anbieter von Leistungen für diese Bevölkerungsgruppe auch in

Zukunft ihre Nachfrage bedürfnisgerecht und in guter Qualität erbringen können. Das ist in Zeiten des Fachkräftemangels eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Die zweite Aufgabe: Es muss für die Gemeinde finanzierbar sein und auch bleiben. Der Kanton hat als Lösungsansatz das Altersbetreuungs- und Pflegegesetz gewählt, das seit fünf Jahren in Kraft ist. Es hat im Kern zwei wesentliche Grundsätze, die etwas verändert haben im Vergleich zu vorher. Das eine ist die Regionalisierung der Aufgaben in Versorgungsregionen. Das heisst, Binningen, Allschwil und Schönenbuch haben sich zusammengeschlossen, um, wie es im Gesetz heisst: «[...] die Planung und Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Angeboten zur Betreuung und Pflege sicherzustellen». Mit diesem Zusammenschluss sollen die Weiterentwicklung der Angebote koordiniert, Synergien genutzt und teure Doppelspurigkeiten vermieden werden.

Der zweite Grundsatz wurde bereits erwähnt, die Umsetzung des Grundsatzes «ambulant vor stationär». Das heisst, die ambulante Pflege, andere ambulante Dienstleistungen und auch die Betreuung sollen stärker gewichtet und gefördert werden als bisher. Neben den ambulanten Dienstleistungen soll es gemäss diesem Gesetz auch eine stärkere Förderung der intermediären Leistungen geben. Mit all dem, was auch im Versorgungskonzept vorgeschlagen wird, sollen Voraussetzungen geschaffen werden, dass die unterstützungsbedürftigen Menschen länger in ihrem Zuhause bleiben können und Heimeintritte möglichst spät angetreten werden. Das hat auch einen Kostenfaktor. Damit sollen die hohen Kosten der Altersheime etwas gesenkt werden zugunsten der günstigeren Kosten, die ein ambulantes Setting mit sich bringt. Solange wie möglich zuhause bleiben zu können ist ein grosses Bedürfnis der Personen, die in dieser Situation stehen, dass sie merken: «Geht es noch zuhause oder geht es nicht mehr?». Die Kostenentwicklung in der Altersbetreuung und –pflege kann mit diesem Ansatz nicht gestoppt werden alleine aufgrund der Mengenentwicklung, aber sie kann abgedämpft werden. Etwas weniger hochpreisige Altersheimbetreuung und etwas mehr günstigere ambulante Settings. Damit möchte man einen Beitrag dazu leisten, dass die Kosten der Öffentlichen Hand tragbar gehalten werden. Dies zur Einleitung.

Das Versorgungskonzept haben die Anwesenden alle gelesen. Es ist systematisch aufgebaut. Im ersten Abschnitt zur Ausgangslage/Demographie gibt es eine Darstellung, auf der man sieht, dass alle Versorgungsregionen in Baselland Handlungsbedarf haben. Die Region Allschwil, Binningen, Schönenbuch etwas weniger als die anderen, da die Bevölkerung hier im Durchschnitt bereits älter ist als in den anderen Regionen des Kantons. Aber die Kurve geht auch hier nach oben. Über den zweiten Abschnitt, die strategische Ausrichtung mit Präambel, Vision und elf strategischen Zielen wird man nachher vor allem reden. Besonders wichtig zum Verständnis ist das Kapitel der integrierten Versorgung, also das Zusammenwirken aller Dienstleistungen, die zahlreiche Leistungserbringer für die Menschen, die Unterstützung brauchen, erbringen. Die eigentlichen Handlungsfelder, die detaillierter darlegen, in welche Richtung man steuern möchte, sind systematisch gegliedert nach den Punkten des Altersbetreuungs- und Pflegegesetz. «Prävention», «Betreuung und Pflege durch Bezugspersonen», «Freiwilligenarbeit», «Wohnen mit Dienstleistungen und Betreutes Wohnen», «Ambulante Pflege und Betreuung», «Intermediär», «Stationär» und nicht unwichtig die ganze «Steuerung und Finanzierung» der Leistungen in der Versorgungsregion.

Zu den Fragen: Simone Abt hat die Frage gestellt, ob man mit der stärkeren Gewichtung des ambulanten Settings nicht Gefahr läuft, dass genau dieses überlastet wird. Das ist natürlich ein wichtiger Punkt, den es bei der Umsetzung des Versorgungskonzepts zu beachten gilt. Genau deswegen, weil im ambulanten Setting nicht nur die professionellen externen Dienstleister Spitex etc. sind, sondern auch betreuende und pflegende Angehörige, gibt es ein Handlungsfeld dazu. Es soll dazu beigetragen werden, dass die betreuenden und pflegenden Angehörigen in Zukunft etwas mehr Support erhalten als es heute der Fall ist. Er wird beim Antrag der FDP nochmals darauf zu sprechen kommen. Die Frage resp. Anregung von Luzia Rehmann, warum die Informationsveranstaltung nicht vor der Einwohnerratssitzung stattgefunden hat, ist legitim. Es sind drei Gemeinden, die das Geschäft gemeinsam entwickelt haben. Es sind drei Kulturen und unterschiedliche Gepflogenheiten. In Binningen gab es das schon ab und zu, dass ein grosses Geschäft z.B. ein Bauprojekt ein Monat vorher öffentlich vorgestellt wurde und sich der Einwohnerrat erst danach damit befasst hat. Das ist in Allschwil ein absolutes No Go. Wenn es nicht zuerst in

den Einwohnerrat kommt, gibt es Ärger. Entsprechend wurde ein Kompromiss gewählt. Man hat es zeitnah zueinander gemacht. Es wurde eingeladen, als dem Einwohnerrat die Informationen zumindest schon vorlagen. Der zuständige Gemeinderat möchte aber darauf hinweisen, dass es durchaus legitim gewesen wäre, an die Info-Veranstaltung von letzter Woche in Allschwil zu gehen. Dieser Termin wurde ebenfalls bekannt gegeben. Aber drei Gemeinden mit drei Kulturen müssen manchmal auch einen Zwischenweg finden, der für alle funktioniert. Zur Bemerkung, dass es wichtig ist, dass die Angebote der Beratungsstelle bekannt sind. Das ist eine Kernaufgabe, welche das zurzeit kleine Team sehr ernst nimmt. Das Team muss selbst all die Informationen zusammentragen, nicht nur von den grossen Anbietern, sondern von einer Vielzahl von kleinen Leistungserbringern, von Kirchen über Seniorenvereinigungen etc. Die Informationen werden zusammengetragen, damit man A gut beraten und sie B auf der Webseite, die sich im Aufbau befindet, gut strukturiert abbilden kann.

Damit kommt der Redner zu den Anträgen der FDP. Er kann vorwegnehmen, dass der Gemeinderat an seinen Formulierungen festhalten wird. Einerseits, weil es von drei Gemeinden zusammen entwickelt wurde und auch für drei Gemeinden stimmen muss, aber vor allem, weil die Formulierung der FDP Einschränkungen mit sich bringt im Vergleich zu dem, was die Versorgungsregion mit ihren Zielen anstrebt. Das strategische Ziel 6: «Intermediäre Strukturen sowie innovative Projekte im Sinne von 1-5 der strategischen Ziele werden entwickelt und gefördert.» mit der Begründung: «Fokus auf Intermediärstrukturen-Innovation legen» ist seines Erachtens zu kurz gegriffen. Es braucht Innovation in allen Bereichen der Altersbetreuung und –pflege nicht nur im intermediären Bereich, also bei Tages- und Nachtstätten und Entlastungsbetten. Das ist ein Hebel, aber bei weitem nicht der Einzige, der dazu dient, «ambulant vor stationär» umzusetzen. Es braucht Innovation ambulant, intermediär, stationär, im Betreuten Wohnen und in der Dienstleistung. Sonst wird das vorhandene Potenzial bei weitem nicht ausgeschöpft. Er kann zwei Beispiele für Innovationen ausserhalb der intermediären Strukturen nennen, z.B. technische Innovationen im Bereich Sicherheit und Kommunikation. Da ist sehr viel in Entwicklung und dem muss man in der Versorgungsregion offen gegenüberstehen, damit es auch zur Verbesserung der Versorgung beitragen kann. Es braucht auch Innovation beim Thema, welches in Ziel 10 angesprochen wird: «Finanzierung der Betreuung und Entlastung». Hier braucht es neue, innovative Modelle. In der Branche wird z.B. breit diskutiert, ob Betreuungsgutscheine ein Ansatz sein könnten. Es gibt entsprechende Versuche bei Innerschweizer Kantonen. Es ist ein Faktum, dass Betreuung und Entlastung gerade durch pflegende Angehörige und Freiwillige in Zukunft viel systemrelevanter sein wird als heute. Da müssen neue Modelle entwickelt werden, um einen Beitrag leisten zu können.

Beim strategischen Ziel 8 hat Sven Inäbnit erwähnt, seine Fraktion verstehe das Ziel nicht. Nach Ansicht des Redners ist es eine klare Beschreibung des Zustands resp. des Ziels, das man erreichen will. Es soll erreicht werden, dass bezahlbare Angebote vorhanden sind, die Fehlanreize verhindern. Das ist ein klarer Anspruch. Die Formulierung der FDP schwächt dies etwas ab und sagt, es soll so sein. Sollen ist nicht das Gleiche, wie das, was im Versorgungskonzept geschrieben steht. Sollen beinhaltet immer auch die Möglichkeit, dass, wenn man es nicht schafft, auch der Status Quo funktioniert. Das wird bei diesem Ziel nicht angestrebt. Man möchte wirklich dank bezahlbaren Angeboten heutige Fehlanreize verhindern. Er nennt ein Beispiel. Heute kommt es immer wieder zu Heimeintritten aus wirtschaftlichen Gründen, weil viele Unterstützungsleistungen wie Betreuung, Entlastung, Mahlzeitendienst und anderes, von den Betroffenen selbst getragen werden müssen. Solche Leistungen sind bei einem knappen Haushaltsbudget, z.B. als Bezieher von Ergänzungsleistungen, kaum zu finanzieren. Da ist der verfrühte Heimeintritt oft die bequemste und finanziell beste Lösung für die betroffene Person. Wenn man dies vermeiden will, braucht es Alternativen. Das strebt die Versorgungsregion an. Ohne «soll». Es ist ein Ziel, das man fest auf der Agenda hat.

Beim dritten Punkt, der Streichung der Mitfinanzierung beim strategischen Ziel 10, findet der zuständige Gemeinderat die Begründung der FDP, dass die Förderung die Mitfinanzierung beinhaltet, greife zu kurz. Wenn der Einwohnerrat ein solches Reizwort streicht, dann ist es ein politisches Votum. Man muss bedenken, die Freiwilligen und betreuenden Angehörigen sind heute schon ein wichtiger Pfeiler in der

ambulanten und z.T. auch in der stationären Pflege und Betreuung. Es ist in der Versorgungsregion unbestritten, dass man dieses Potenzial in Zukunft besser nutzen möchte zugunsten des Grundsatzes «ambulant vor stationär». Dazu braucht es nicht nur unspezifisch bessere Rahmenbedingungen, sondern ganz explizit auch eine bessere Mitfinanzierung von solchen Leistungen. Es geht um Entschädigungen, nicht um Lohn. Man muss beachten, eine angemessene Entschädigung von Strukturleistungen wie freiwillige und direkte Unterstützungsformen von pflegenden Angehörigen und Bezugspersonen in der Betreuung und Pflege ist ein wichtiges Element, um unterstützungsbedürftigen Menschen ein längeres Leben zuhause zu ermöglichen. Das hat auch eine wirtschaftliche Komponente. Betreuung zuhause ist immer kostengünstiger als ein Heimaufenthalt. Der Kanton Zürich hat vor kurzem eine Studie publiziert, die dies berechnet und aufzeigt, dass Mehrkosten für die bessere Entschädigung von pflegenden und betreuenden Angehörigen zwei bis drei Mal so viel Einsparungen bei Personen mit einer Pflegestufe 1-3, d.h. mit sehr wenig Pflege ermöglichen, weil es so gelingen kann, die Leute von früheren Heimeintritten abzuhalten. Aus all diesen Gründen wurde die Finanzierung in diesem Ziel ganz bewusst explizit genannt. Wenn man das Wort streichen würde, dann wäre dies nicht mehr im Sinn von «ambulant vor stationär». Aus diesen Gründen bittet der Votant das Plenum, die strategischen Ziele in der Fassung des Gemeinderats zu genehmigen.

Sven Inäbnit, FDP möchte eine kurze Replik anbringen. Er wird sich dabei nur auf die Anträge fokussieren. Bei Antrag 1 wäre die FDP bereit, die Formulierung auf «[...] im Sinne von 1-10 der strategischen Ziele [...]» abzuändern. Dann ist alles enthalten. Es erschliesst sich dem Redner nicht, wieso der Fraktion ausgelegt wird, dass sie es auf intermediäre Strukturen einschränken möchte. Es steht im Antrag ganz klar: «Intermediäre Strukturen sowie innovative Projekte». Da wird überhaupt nichts ausgeschlossen. Es ist absolut möglich, im Rahmen der Entwicklung des Konzepts und der strategischen Ausrichtung dort später die innovativen Projekte deutlich zu fördern. Das möchte die FDP selbstverständlich auch. Er wehrt sich gegen die Einschränkung, die ihnen da in den Mund gelegt wird. Antrag 2 kann insofern geändert werden, dass in der ursprünglichen Version des Gemeinderats einfach das Wort «finanzielle» Fehlanreize gestrichen wird, wenn das ein solches Problem ist. Er kann nicht nachvollziehen, was ein finanzieller Fehlanreiz ist wegen eines verfrühten Heimeintritts. Das erschliesst sich der Fraktion nicht. Sie haben die Formulierung gewälzt und gewälzt und verstehen sie einfach nicht. Der Redner hat den Eindruck, hier habe ein Coach den Workshop gut geleitet und überall die «soll» rausgestrichen.

Zu Antrag 3 möchte er nur noch eine Rückfrage stellen. Was stellen sich der Gemeinderat und die Versorgungsregion in der Quantifizierung dieses finanziellen Engagements vor? Es wird hier eine Strategie beschlossen. Wenn dies so prominent ist, hat es eine absolut hohe Kostenfolge. Er möchte heute gerne vom Gemeinderat hören, was er sich hier vorstellt, was für eine Kostenfolge hier entstehen soll mit dieser Mitfinanzierung. Denn diese Rechnung kommt. Irgendwann wird man diese präsentiert bekommen. Fair enough. Er sagt nicht, dass die FDP das nicht möchte. Aber eine einfach eine «carte blanche», absolut, a priori mitfinanzieren. Es ist eine Freiwilligenarbeit. Freiwilligkeit und eine Entschädigung dafür. Es ist schon etwas fraglich, ob hier nicht eine Diskrepanz besteht. Wenn man noch sagen könnte, in welche Grössenordnung man hier stossen wird, wäre dies hilfreich.

Gemeinderat Stephan Appenzeller, SP kann zur dieser dritten Frage wie folgt Stellung nehmen. Es ist wie gesagt eine Strategie. Die Strategie ist nicht die Umsetzung. Weiter hinten im Versorgungskonzept (auf Seite 29) gibt es eine Grafik, die aufzeigt, welche Themen die Versorgungsregion als prioritär ansieht und angehen möchte. Ein Thema ist die Überarbeitung des heutigen Reglements für solche Leistungen. Das muss ohnehin dem Rat vorgelegt werden. Mit der Strategie wird gar nichts entschieden. Es wird nur festgehalten, dass es richtig ist, wenn man sich dem Thema annimmt. Man möchte mehr tun für die pflegenden und betreuenden Angehörigen und für Freiwillige. In welche Richtung dies geht und was für eine Kostenfolge es hat, ist noch nicht beraten. Das wird sorgfältig aufgearbeitet. Aber man muss es im Gesamtkontext sehen. Hier hilft sicher auch die Studie des Kantons Zürich, die aufzeigt, dass mehr Investition in die Betreuung immer auch Minderkosten bei den Altersheimbetten zur Folge hat. Man muss diesen Gesamtkontext sehen. Wo man landen wird und was der Gemeinderat beantragen wird, ist

heute noch offen. Diese Frage kann er jetzt nicht beantworten. Aber man kann schauen: Was gibt Binningen heute als Leistung? Was gibt Allschwil heute an Leistung? Was geben andere Kantone heute an Leistung? Das gibt in wenig den Rahmen. Es werden auch in Zukunft sicher keine Löhne sein, sondern es sind Entschädigungen, die den Menschen in dieser Situation und ihren Angehörigen helfen, diese Betreuungsleistungen weiterhin zu erbringen.

Christoph Daniel Maier, FDP weist darauf hin, Antrag 2 der FDP behandle einen Satz, der heute heisst: «Bezahlbare Angebote verhindern finanzielle Fehlanreize.». Den Ausführungen des zuständigen Gemeinderats hat der Redner entnommen, dass mit den bezahlbaren Angeboten insbesondere die ambulanten und intermediären Angebote gemeint sind, wenn er dies richtig verstanden hat. Er versteht nicht, weshalb man diese Klarstellung, was man damit meint, nicht in der Strategie nennt. Sonst ist für den in diesem Thema nicht so bewanderten Leser nicht klar, was damit gemeint ist. Die Anträge seiner Fraktion zielen genau darauf ab, dass die strategische Bandbreite, die man hier anstrebt, klar ist. Es soll für alle klar sein, an was sie sich orientieren können. Eine Strategie ist etwas, an dem man sich orientiert. Verständlichkeit scheint ihm hierbei das allererste Gebot. Er wäre dankbar, wenn man in Bezug auf die Formulierung, die von der FDP vorgeschlagene Präzisierung oder auch eine andere einbringen könnte.

Gemeinderat Stephan Appenzeller, SP antwortet, es komme auf die definitive Formulierung an. Er hat Sven Inäbni so verstanden, dass er auf das Verb «sollen» verzichten kann. Dann würde die Formulierung der FDP lauten: «Fehlanreize (z.B. verfrühte Heimeintritte) werden durch bezahlbare alternative Angebote verhindert.». Das wäre fast identisch mit der Formulierung, die vorliegt. Dann müsste man dort reinschreiben: «Bezahlbare alternative Angebote verhindern Fehlanreize». Dann ist es identisch. Mit der Ergänzung des bestehenden Satzes um das Wort «alternativ» kann er leben. Er nimmt auch an, dass die Gemeinderäte von Allschwil und Schönenbuch, die diesem Papier bereits zugestimmt haben, dem folgen werden. Damit könnte er sich einverstanden erklären.

Präsidentin Beatrice Büschlen, Grüne lässt den Anwesenden noch etwas Zeit, um zu diskutieren. Sie hat es verstanden. Sie hat in ihrem privaten Umfeld diskutiert, wie man ihre Tante, die in Allschwil wohnt, am besten zuhause betreuen könnte. Als sie all die Angebote zusammengerechnet haben, kamen sie auf den gleichen Betrag wie die 7000 Franken des Pflegeheims. Bedauerlicherweise, aber für die Tante hilfreich, konnte sie dann hinüberschlafen und musste nicht mehr erleben, wie man sie hin- und herschiebt. So, in der Zwischenzeit sollte die FDP mit ihrer Beratung auch so weit sein.

Sven Inäbni, FDP äussert, dann würde es heissen: «Bezahlbare alternative Angebote verhindern Fehlanreize.». Seine Fraktion stösst sich einfach am Begriff «finanzielle Fehlanreize». Es ist nicht verständlich, was finanzielle Fehlanreize sind. Dann wären sie einverstanden. Wenn man es so ergänzen und das «finanzielle» streichen würde. Wenn man sich hier nicht einigen kann, bleibt die FDP einfach bei ihrer Fassung, damit die Diskussion nicht so lange dauert. Dann kann abgestimmt werden.

Gemeinderat Stephan Appenzeller, SP kann damit leben. Fehlanreize ist offener. Das beinhaltet finanzielle und andere Fehlanreize. Dann würde man den Satz so ändern. Auch hier denkt er, dass diese Änderung für Allschwil und Schönenbuch kein Problem wäre.

ABSTIMMUNG

Die Präsidentin kommt zur Abstimmung. Zuerst wird über die Anträge der FDP angestimmt und anschliessend über das Gesamtkonzept mit allfälligen Änderungen. Antrag 1 der FDP zu 3.3 / Strategisches Ziel 6 lautet: «Innovation: Intermediäre Strukturen sowie innovative Projekte im Sinne von 1–11 der strategischen Ziele werden entwickelt und gefördert.».

Antrag 1 der FDP: 19 JA / 15 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 04)

://: Das strategische Ziel 6 lautet neu:

Innovation: Intermediäre Strukturen sowie innovative Projekte im Sinne von 1–11 der strategischen Ziele werden entwickelt und gefördert.

Antrag 2 der FDP zu 3.3 / Strategisches Ziel 8 bezieht sich auf den letzten Satz dieses Ziels. Dieser wird ersetzt durch: «Bezahlbare alternative Angebote verhindern Fehlanreize (z.B. verfrühte Heimeintritte).».

Antrag 2 der FDP: 32 JA / 3 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 05)

://: Der letzte Satz des strategisches Ziels 8 lautet neu:

Bezahlbare alternative Angebote verhindern Fehlanreize (z.B. verfrühte Heimeintritte).

Die Präsidentin erklärt, bei Antrag 3 der FDP zu 3.3 / Strategisches Ziel 10 geht es darum, dass der Begriff «Mitfinanzierung» gestrichen werden soll.

Antrag 3 der FDP: 19 JA / 17 NEIN / keine Enthaltungen (Abstimmung 06)

://: Im strategischen Ziel 10 wird der Teil: «[...] und eine Mitfinanzierung [...]» gestrichen.

Gemeinderat Stephan Appenzeller, SP möchte darauf hinweisen, dass der Einwohnerrat mit diesen Beschlüssen eine Differenz zu Allschwil und Schönenbuch geschaffen hat. Das heisst, Punkt 2 kann man heute nicht abschliessend genehmigen.

Präsidentin Beatrice Büschlen, Grüne hat damit gerechnet, dass es Änderungen geben könnte. Sie schlägt vor, dass unter Vorbehalt der gemachten Änderungen abgestimmt wird. Dieses Vorgehen wurde ihr nun bestätigt. Dann muss der Gemeinderat dies einfach nochmals mit Allschwil und Schönenbuch abstimmen.

Antrag 1 des Gemeinderats: Kenntnisnahme.

Antrag 2: Genehmigung strategische Ausrichtung und Ziele mit Änderungen: 35 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 07)

Antrag 3 des Gemeinderats: Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: 1. Das Versorgungskonzept der Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch wird zur Kenntnis genommen.

://: 2. Die strategische Ausrichtung und Ziele der Versorgungsregion ABS (Kapitel 3 des Versorgungskonzepts) werden mit Änderungen genehmigt.

://: 3. Der Bericht zu den Empfehlungen des Einwohnerrats vom 15.6.2022 wird zur Kenntnis genommen.

Interpellation K. Müller, SP: Raumprobleme bei den Kindergärten

Interpellantin Karin Müller, SP wünscht Diskussion und möchte eine kurze Erklärung abgeben.

://: Diskussion wird stillschweigend beschlossen.

DISKUSSION

Interpellantin Karin Müller, SP dankt der zuständigen Gemeinderätin Rahel Bänziger für die Beantwortung ihrer Fragen. Im Binninger Anzeiger konnte man lesen, dass die Schulraumproblematik auch am Binninger Wirtschaftsforum ein Thema war. Volle Schulhäuser und lange Schulwege sind bemängelt worden. Das zeigt, dass es die Leute beschäftigt und die Binninger und Binningerinnen guten Schulraum schätzen. Dies hat auch die Abstimmung zum Schulcampus Dorf gezeigt, die angenommen wurde. Binningen als familienfreundliche Gemeinde schuldet den Kindern und Lehrpersonen zeitgemässe Räume und Schulraum, welcher der Nachfrage entspricht. Eine optimale Lernumgebung hat einen entscheidenden Einfluss auf die Freude am Lernen und Unterrichten und somit auch auf den Bildungserfolg. In beengten Verhältnissen ist dies nicht möglich. Daher ist die Rednerin froh, dass das Schulhaus im Dorf nun endlich gebaut werden kann und der Einwohnerrat auch den Kredit für die Erweiterung des Meiriacker-Schulhauses gutgeheissen hat. Das Kindergartenprovisorium an der Amerikanerstrasse, das zur Linderung der Platznot beigetragen hätte, hat er aber aufgeschoben. Bis die neuen Schulräume im Dorf und im Meiriacker zur Verfügung stehen, wird es Herbst/Winter 2027. Was in den Jahren dazwischen passiert? Sie hofft der Zustand mit der Überlastung spitzt sich nicht zu.

Marc Schinzel, FDP möchte zuerst seine Interessenbindung offenlegen. Er ist Präsident des Primarschulrats Binningen. Der Votant dankt ebenfalls für die Antworten auf die Interpellation. Zu zwei Punkten hat er dennoch zwei kurze Bemerkungen. Seines Erachtens wird in der Antwort auf die Fragen 1 und 2 der Ball ein wenig in Richtung Primarschulrat geschoben, womit man es sich in den Antworten etwas einfach gemacht hat. Vor allem der erste Satz zu Frage 1, wo es auf die Frage hin, wieso es zu dieser Überbelastung im Meiriacker kam, heisst, der Gemeinderat kenne die Hintergründe nicht, kann er so nicht stehen lassen. Die Hintergründe sind der Schulleitung bekannt. Sie sind dem Schulrat bekannt und sie sind selbstverständlich auch dem Gemeinderat bekannt. Die Hintergründe sind auch der Bevölkerung bekannt, weil man seit geraumer Zeit einen Bevölkerungsdruck in den Quartieren Dorf, Neusatz und Meiriacker hat. Das ist Fakt. Das stellt man fest und auch jetzt entwickelt sich die Situation dynamisch. Das sieht man immer wieder. Wie man diesen ersten Satz so absolut formulieren kann, erschliesst sich ihm nicht resp. um es auf die gleiche Art und Weise zu sagen, er kennt die Hintergründe dafür nicht.

Zu Frage 2 hat er auch eine Bemerkung. Dort wird sehr schnell darauf hingewiesen, dass die Maximalzahl zählt. Das ist richtig im Sinn, dass die Maximalzahl massgebend für die absolut zulässige Klassen-grösse ist, die im Regelfall nicht überschritten werden sollte, ausser man macht einen begründeten Ausnahmeantrag. Nichtsdestotrotz ist eine Richtzahl nicht einfach nur «nice to have». Die Richtzahl ist massgebend für die Festlegung der Anzahl Klassen. Sie ist aber noch mehr. Eine Richtzahl ist eine Zahl, nach der man sich richten sollte. Wenn man sich von Anfang an immer nur an der Höchstzahl orientiert, läuft man Gefahr, dass man bei der Spitze die festgelegte Grenze überschreitet. Man darf sich nicht daran gewöhnen. Die Richtzahl hat ihre Bedeutung und an dieser sollte man sich ausrichten. Dies einfach als längerfristige Perspektive. Es ist ihm wichtig, dies aus Sicht des Primarschulrats einzubringen. Darauf legt der Primarschulrat viel Wert und er würde auch die Gemeindebehörden gerne daran erinnern, dass man beim Schulraum nicht immer auf dem letzten Drücker laufen kann. Daran muss man arbeiten und da müssen wahrscheinlich alle zusammenarbeiten. Das ist eine längerfristige Aufgabe.

Karin Glaser, Grüne/EVP ist erstaunt, dass das Statement, man brauche unbedingt Schulraum und irgendjemand bremse den Schulhausbau aus, von der gegenüberliegenden Ratsseite kommt. Wenn man mit dem Bau vor 10 resp. 8 Jahren begonnen hätte, gäbe es heute tatsächlich etwas mehr Schulraum. Wie auch immer. Es gibt zu wenig Kindergärten. Die frühzeitige Information der Eltern ist hierbei das A und O. Offen zu kommunizieren könnte vielleicht gewisse Unstimmigkeiten unter den Erziehungsberechtigten etwas abschwächen. Die Rednerin findet es nach wie vor schade, dass man die Kindergärten aus den Quartieren genommen hat. Ihr ging vorhin durch den Kopf, ob man sich als zusätzlichen Kindergarten, gerade im Meiriacker, schon überlegt hat, einen Waldkindergarten anzubieten. Das hat man in Biel-Benken gemacht und es läuft schon lange relativ erfolgreich. Es wäre möglicherweise eine Option. Unabhängig davon erscheint es ihr wichtig, den Kontakt mit den Erziehungsberechtigten zu suchen und dass sich diese untereinander kennen, um sich gegenseitig zu unterstützen.

Konrad Widmer, SVP hat eine Frage an die Interpellantin. Wie gross war die Überschreitung genau? Wie viele Kinder waren wirklich in den besagten Kindergärten?

Interpellantin Karin Müller, SP antwortet, so viel sie wisse, war die Maximalzahl erreicht bis überschritten. Aber genaue Zahlen kennt sie auch nicht. Es ist lediglich das, was sie gehört hat. Es habe einfach zu viele Kinder dort. Genau kann sie diese Frage nicht beantworten.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne dankt für das Interesse an der Schule und für die Fragen. Zuerst möchte sie einen Punkt klarstellen. Eine Frage wurde in der Diskussion etwas unklarer. Selbstverständlich gelten in Binningen für die Bildung der Klassen die Vorgaben des Bildungsgesetzes. Dort geht die Klassenbildung nach der Richtzahl und nicht nach der Maximalzahl. Dies einfach zur Klarstellung. Binningen hält sich ans Bildungsgesetz. Die Richtzahl gibt die Anzahl zu bildender Klassen vor. Dann kommt das Problem. Dann hat man die Anzahl Klassen in den verschiedenen Schulhäusern und die Schulleitung hat die sehr anspruchsvolle Aufgabe, alle Schülerinnen und Schüler auf die Klassen zu verteilen. Dabei gibt es immer wieder sehr herausfordernde Situationen. Kinder werden einteilt, anschliessend kommt es zu Rekursen, die gutgeheissen werden, und im letzten Moment müssen Kinder neuzugeteilt werden. Dies hat mitunter auch dazu beigetragen, dass es zu dieser verschärften Situation kam. Im Meiriacker gibt es einen Hotspot. Es gibt dort sehr viele Schülerinnen und Schüler und es besteht ein Raumproblem. Das ist auch der Grund, weshalb die zuständige Gemeinderätin sehr froh ist, dass der Einwohnerrat dem Erweiterungsbau des Meiriacker-Schulhauses zugestimmt hat. Ein grosser Punkt hierbei ist, einen vierten Kindergarten zu bauen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass es an diesem Standort ein Platzproblem gibt, daher ist im Bauprojekt auch ein vierter Kindergarten enthalten. Eine Frage bezog sich auf den InSo-Kindergarten. Der Schulrat hat beschlossen, dass am Standort Meiriacker im kommenden Schuljahr kein IK-Kindergarten geführt wird, womit sich die Platzsituation für die Kinder, die aus dem Quartier kommen, entschärfen sollte.

Zur Frage bzgl. der Höchstzahl der Kinder. Gemäss den aktuellsten Informationen, die der Votantin vorliegen, wurde die Höchstzahl in einem Kindergarten im Meiriacker kopfmässig überschritten. In den Kindergärten gibt es Kopfzahlen und zählende Schüler/-innen. Von den Kopfzahlen wurde die Höchstzahl in einem Kindergarten überschritten. Es gibt einen Kindergarten mit 25 Schülerinnen und Schüler. Im Verlauf eines Schuljahres kommt es manchmal aber auch zu Zu- und Wegzügen. Das heisst, eine solch belastete Situation bleibt nicht immer während eines ganzen Schuljahres bestehen. Man ist sich des Problems aber bewusst und versucht, die Situationen zu entschärfen. Aber wie schon gesagt: Die Schulraumplanung dauert lange. Es ist ein politischer Prozess. Zuerst muss evaluiert werden, wo die Standorte genau sind. Dann müssen die Bauprojekte optimiert werden. Bis ein solches Schulhaus oder ein Erweiterungsbau wirklich geplant und gebaut werden kann, dauert es halt meistens etwas länger. Daher gibt es zwischendurch belastete Situationen in Klassen. Selbstverständlich versuchen der Gemeinderat und vor allem auch der Schulrat und die Schulleitung die Situationen gering zu halten. Aber es gibt solche Situationen. Die Votantin hofft, dass bald alles besser wird mit dem Schulcampus Dorf und dann auch mit der Erweiterung des Meiriacker-Schulhauses, wo man dann einen Kindergarten mehr hat.

Interpellantin Karin Müller, SP bestätigt auf Nachfrage, dass sie zufrieden ist mit der Beantwortung ihres Vorstosses.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderates zur Interpellation.

Traktandum 6

Nr. 144

Motion P. Frauchiger, FDP: Rückkehr zu einer zeitlich und örtlich eingeschränkten Wildplakatierung: für eine Übergangslösung z.G. der politischen Meinungsbildung

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Bettina Benthaus, SP erklärt, als Motionärin des Vorstosses, aufgrund dessen man das Wildplakatieren endlich angeschafft hat, war ihr erster Gedanke: «Das kommt gar nicht in Frage.». Was heisst «Zwischenlösung» und bis wann? Sie befürchtet, dass dann wieder alle Bäume und Kandelaber voll gehängt sind und niemand genau weiss, wo und was man darf und was nicht. Wie lange soll das gehen? Bis zu den nächsten kommunalen Wahlen oder bis man genug digitale Plakatständer hat? Das ist alles derart ungewiss. Die vorgeschlagenen Orte sind aus Sicht ihrer Fraktion sehr willkürlich. Vor allem aber ist die Wildplakatierung ungerecht. Wer mehr Geld hat, und das sind die bürgerlichen Parteien, kann viele Leute anstellen [*Gelächter im Saal*], die über Nacht alle Kandelaber voll hängen und alle guten Plätze, jeden Baum und jeden Kandelaber, besetzen. Das hat man bei den Regierungsratswahlen gesehen. Wer mehr Geld hat, ist sichtbarer. Eine politische Meinung hängt nicht von den Plakaten ab. Der SP ist alles zu unklar, zu willkürlich und wie es der Gemeinderat geschrieben hat, zu wenig präzise. Die Fraktion geht mit dem Gemeinderat einig und spricht sich gegen eine Überweisung der Motion aus.

Thomas Hafner, Mitte/GLP bedankt sich namens seiner Fraktion beim Gemeinderat für die Stellungnahme zur vorliegenden Motion. Im September 2019 haben seine Partei und eine weitere, seine Vorrednerin hat es gesagt, Vorstösse gegen das Wildplakatieren eingereicht. Im November 2019 hat der Einwohnerrat beschlossen, das Wildplakatieren in Binningen zu verbieten. Seine Fraktion möchte nicht mehr zurück. Für viele Personen sind das Wildplakatieren und die Plakatflut ein Ärgernis. Von Kosten und Umwelt spricht er erst gar nicht. Heute ist die moderate Plakatierung in Binningen für alle ein Mehrwert gegenüber früheren Zeiten und anderen Gemeinden. Das Dorfbild und die Strassenumgebung wirken wieder attraktiver und nicht so aggressiv zugespästert und verklebt. Trotzdem hat die Mitte/GLP durchaus ein gewisses Verständnis für den Vorstoss, da der momentane Prozess noch nicht optimal ist. Der allzu frühe, sehr sportliche Abgabezeitpunkt für die Plakate an die Gemeinde müsste etwas verkürzt werden. Trotz einer gegenüber Allschwil früheren Abgabezeit der Plakate an die Gemeinde in Binningen, hängen die Plakate in Allschwil zwei bis drei Tage früher als in Binningen. Es ist scheinbar machbar. Hier fehlt seiner Meinung nach seitens des Gemeinderats und der Verwaltung ein wenig der Wille für eine Prozessbeschleunigung. Es wäre aber auch wichtig, wenn bei Gesprächen zur Plakatierung von Seiten des Gemeinderats und der Verwaltung auch alle eingeladenen Ortsparteien teilnehmen würden. Das ist halt auch nicht immer der Fall. Auch im Wissen, dass der Plakatierungsprozess noch verbessert werden kann, wird die Mitte/GLP die Motion nicht überweisen.

Motionär Peter Frauchiger, FDP möchte vorwegnehmen, dass die FDP-Fraktion an der Überweisung der Motion festhält. Vielleicht trägt es der Unterhaltung bei, was Bettina Benthous und andere dazu beitragen – es kommt meist von der anderen Ratsseite –, aber es bietet keinen Lösungsansatz. Sie war seines Wissens auch anwesend, als Mike Keller eine Arbeitsgruppe einberufen hat. Der Votant war selbst als Ortspräsident der FDP Binningen-Bottmingen bei etwa fünf Sitzungen mit dabei. Auch die Einwohnerratspräsidentin war dabei. Der Unmut über alle Parteien hinweg war unheimlich gross. Seine Motion soll eine Einladung an alle sein, konstruktiv an Lösungen zu arbeiten und nicht für die Galerie zu reden. Damit hält seine Fraktion an ihrem Vorstoss fest. Aus aktuellem Anlass möchte er noch eine E-Mail thematisieren, die an die Gemeindeverwaltung ging. Am 18. Juni stehen drei nationale Vorlagen zur Abstimmung. Der Redner hat gestern nach Rücksprache mit seiner Kantonalpartei eine E-Mail geschrieben, dass es nicht möglich ist, vor dem 1. Mai ein Plakat zu liefern. Es dürfte auf der anderen Ratsseite vielleicht für Freude sorgen, dass die FDP bei der Plakatierung nicht dabei sein wird. Einmal mehr wird die FDP ihre Position in Binningen nicht darlegen können. Schade darum, aber es ist so. Er möchte alle auffordern, nach Lösungen zu suchen und nicht irgendetwas zum Besten zu geben. Von einer Wildplakatierung über das ganze Dorf ist nicht die Rede. Wenn eine andere, konstruktive Lösung vorgebracht wird, um zeitnah wieder einen demokratischen Bildungsprozess im Öffentlichen Raum zu haben, dann findet er dies gut und kann dem Vorschlag gerne folgen. Er ist sich aber fast sicher, dass man auch in einem Jahr noch nicht viel weiter sein wird.

Karin Glaser, Grüne/EVP führt aus, ihre Vorredner Bettina Benthous und Thomas Hafner haben eigentlich schon fast alles gesagt, was sie auch erwähnen wollte. Ihre Partei findet es relativ entspannt, keine Kamikaze-Aktionen mitten in der Nacht machen zu müssen, um sich die besten Plakatierungsplätze zu sichern. Sie finden die Situation, wie sie jetzt ist, gut. Noch schnell zu den kurzfristigen Plakatbestellungen, die Peter Frauchiger angesprochen hat. Es steht allen Anwesenden der gleiche Zeitraum zur Verfügung. Es ist knapp, es ist etwas blöd, aber es haben alle hier die gleichen Chancen. Die Grünen/EVP werden die Motion nicht überweisen.

Jürg Blaser, SVP teilt mit, die SVP-Fraktion werde die Motion von Peter Frauchiger einstimmig unterstützen, weil seit dem Verbot der Wildplakatierung im November 2019 immer noch keine befriedigende Lösung oder Alternative für die Parteien besteht, sich vor Abstimmungen und Wahlen mittels Plakaten ausreichend und rechtzeitig darzustellen. Die Wählerinnen und Wähler haben das Anrecht darauf, sich ausreichend informieren zu können. Dazu zählen neben den digitalen Medien und der Presse auch Plakate. Die bisherigen Vorschläge zum Aufstellen der Plakate, wie z.B. eine bessere Koordinierung mit der APG, eine interne Lösung mit dem Werkhof oder das Aufstellen von digitalen Plakatstellen kommt nicht voran. Baldige Lösungen sind nicht in Sicht. Zudem bezweifelt seine Fraktion die Aussage des Gemeinderats, dass die Ortsparteien einer beschränkten Rückkehr zur einer Wildplakatierung grossmehrheitlich negativ gegenüberstehen. Die Situation ist völlig unbefriedigend. Die SVP ist daher für eine erneute Anpassung des Polizeireglements, damit eine solche Möglichkeit wiedereingeführt werden kann. Verbunden mit der Unterstützung der Motion Nr. 144 ersucht die SVP-Fraktion den Gemeinderat auch um eine baldige Ausformulierung des Polizeireglements, damit der Einwohnerrat in einer seiner nächsten Sitzungen darüber abstimmen kann.

Lewin Lempert, SP hat das Gefühl, dass die FDP die demokratische Wahl gestern nicht so gut verdaut hat. Sonst würde sie nicht mit hämischem Lachen auf gute, inhaltlich fundierte Voten von Kolleginnen und Kollegen hier im Saal reagieren und diese eigentlich unterbrechen und zwar – und dies ist das Tüpfchen auf dem i – zur Aussage, dass die Bürgerlichen nicht mehr Geld haben als die Linken. Er hat den Eindruck, wenn man die Leute auf der Strasse fragen würde, dann würden sie sagen, die FDP, als CS, als Bank, als Elite-Partei zusammen mit der SVP sind genau diese Parteien, die das Geld von den grossen Konzernen und den grossen Wirtschaftsverbänden erhalten. Er glaubt, das sei auch der Grund, weshalb sich beide Parteien immer gegen jegliche Transparenzvorgaben in der Schweizer Politik zur Wehr gesetzt haben.

Rahel Amacker, Mitte/GLP stellt fest, dass es nun etwas parteipolitisch geworden ist. Sie möchte aber nochmals zurück. Die Rednerin kann das Anliegen verstehen. Sie hatte den Stress auch schon, dass ein Plakat knapp zu spät gekommen ist. Das ist natürlich einerseits für die Partei überhaupt nicht lustig und andererseits ist es im Interesse der Demokratie und aller Wählerinnen und Wähler, dass man gut informiert ist. Auch wenn man eine andere Parole vertritt, würde sie niemals sagen, dass sie es toll findet, wenn eine Partei etwas nicht abgeben kann. Das auf keinen Fall. Sie findet es schade, wenn sie leere Plakatwände sieht. Aber deswegen zurückgehen? Die Votantin hat sehr viel positives Feedback erhalten bzgl. der Regelung in Binningen, dass die Gemeinde nicht so vollplakatiert ist. Einerseits für die Umwelt aber andererseits auch für das Ortsbild und die Ablenkung im Verkehr. Wenn man jetzt, weil man keine ganz perfekte Lösung hat, wieder zurückgeht, befürchtet sie, dass die Regelung bleibt. Sie haben dafür gekämpft, dass die Regelung geändert wurde, daher spricht sich ihre Fraktion gegen die Motion aus. Es soll aber auch ein kleiner Appell an den Gemeinderat sein, hier nochmals einen Schritt vorwärts zu machen. Sie persönlich glaubt, dass ein Teil Digitalisierung und ein Teil Print eine super Lösung sein könnte. Es gibt ja eine digitale Anzeige vor dem Migrolino. Wenn man dort auch politische Werbung schalten könnte, würde sie dies als grosse Chance sehen, um das Ortsbild zu erhalten, aber auch aus Umweltgründen.

Marc Schinzel, FDP möchte auf zwei Sachen eingehen. Zum Vorstoss selbst hört er die verschiedenen Voten. Er hat den Eindruck, dass man möglicherweise gar nicht so weit auseinander ist. Einfach zur wilden Wildplakatierung, wie man sie einmal hatte, möchte niemand zurück. Die Kandelaber, an denen vier Plakate übereinander hingen, waren ein Horror. Dann brachte man das oberste Plakat nicht mehr runter. Die, die zuerst da waren, wurden bestraft, weil sie nach oben geschoben wurden. Da sind sich die Anwesenden seiner Ansicht nach einig. Der vorliegende Vorstoss zeigt einfach, und das hat auch das Votum der Mitte gezeigt, dass es ein «work in progress» ist. Gewisse Sachen im Prozess müssen optimiert werden. Das hat man gesehen. Es ist in dieser Hinsicht auch bereits etwas gegangen, was der Votant begrüsst. Im zweiten Punkt muss er Lewin Lempert in mehrfacher Hinsicht deutlich widersprechen. Es hat überhaupt nichts mit den gestrigen Wahlen zu tun. Diese Wahlen sind sehr, sehr ordentlich abgelaufen. Das hat gut funktioniert, auch in Sachen Plakatierung, und wird von seiner Partei überhaupt nicht in Frage gestellt. Wo käme man denn da hin? Die FDP ist genauso demokratisch wie die anderen Parteien auch und wenn etwas Anderes unterstellt wird, dann ist dies etwas seltsam.

Zum Zweiten muss er sagen, dass der Protest auf das Votum von Bettina Benthous durchaus berechtigt war. Der Redner ist in der kantonalen Parteileitung der FDP. Die Klischees können langsam begraben werden. Er hat zwei Landratswahlen miterlebt, kennt das Budget der FDP und hat auch das eine oder andere von den Anderen gehört. Es ist regelmässig so, dass die SP bei den Landratswahlen resp. bei den kantonalen Wahlen, mehr Geld ausgibt als die FDP Baselland. Das kann man gerne nachprüfen. Im Herbst ist es übrigens auch transparent. Die FDP gibt regelmässig weniger Geld aus als die SP. Das ist einfach so. Er kann sich auch nicht erinnern, dass bei ihnen ein Beitrag der CS eingegangen wäre. Die FDP schwimmt nicht im Geld. Sie hat wie die SP Mitglieder, die gut und solidarisch sind und ihren Beitrag zahlen. So sollte es auch sein. Er findet, es müsse aufhören, dass man hier mit solch komischen Unterstellungen arbeitet. So ist es überhaupt nicht. Man sollte sich die Zahlen anschauen. Dort sieht es vielleicht etwas anders aus, als die SP gemäss uralten Klischees hier behauptet.

Peter Frauchiger, FDP dankt Rahel Amacker für den konstruktiven Input und das Feedback. Den Beitrag von Lewin Lempert findet er sehr destruktiv. Er kennt von ihm hier im Rat fast nichts Anderes. Das stimmt ihn bedenklich. Eigentlich ist es ein cleverer junger Mann, aber so kommt man hier in Binningen nicht weiter.

Bettina Benthous, SP möchte schnell auf Peter Frauchiger antworten. Bei dieser Motion ging es nicht darum, konstruktive Vorschläge einzubringen. Es ging nur darum, ob der Rat den Vorstoss annimmt oder nicht. Die ausgesuchten Orte sind willkürlich. Die zeitliche Begrenzung ist ebenfalls sehr willkürlich oder gar nicht definiert. Das heisst für sie, wenn es angenommen werden würde, müsste man danach

über konstruktive Vorstellungen diskutieren. Aber nun geht es nur um die Überweisung der Motion. Die Rednerin hat einfach Gründe aufgeführt, weshalb sie die Motion nicht überweisen möchte. Es ging nicht darum, hier einen Workshop über konstruktive Lösungen zu machen. Das ist ein anderes Thema. Sie ist auch nicht 100prozentig zufrieden, wie es im Moment läuft. Aber eine Rückkehr, auch zu einer Teil-Wildplakatierung kann sie nicht unterstützen. Sie wäre aber bereit, konstruktiv mitzuarbeiten, wenn es darum gehen würde. Der Gemeinderat ist daran, Lösungen zu finden. Sie möchte abwarten, was da kommt und ist sehr zuversichtlich.

Thomas Hafner, Mitte/GLP möchte unabhängig von den Diskussionen nochmals zurück zum Thema kommen. Seiner Fraktion wäre es wichtig, dass der Gemeinderat und die Verwaltung spüren, dass Bedarf da ist, den Prozess zum Thema Plakatabgabe etwas zu optimieren, sprich, dass man das Zeitfenster etwas schrumpfen könnte. Dann wäre vermutlich allen gedient und das Thema wäre erledigt.

Sven Inäbnit, FDP freut sich, wenn das erste Votum des Ratskollegen Lempert kommt, das sachorientiert ist, anstatt wiederholt einen parteipolitischen Rundumschlag zu lancieren. Man befindet sich hier nicht in der Arena, sondern in einem Gemeindeparlament. Er freut sich darauf und ist sehr gespannt. Es gibt sicher auch interessante sachliche Themen, die sogar die FDP unterstützen kann.

Lewin Lempert, SP wurde mehrfach von FDP-Seite persönlich angegriffen. Er hat vorhin niemanden persönlich angegriffen. Er hat Parteien kritisiert, aber nicht einzelne Menschen, um dies hier ganz klar zu sagen. Der Redner wird bei seinem heute eingereichten Postulat keine Diskussion verlangen, möchte aber darauf hinweisen, dass die Postulate, bei denen er beteiligt ist, immer überparteilich sind, meistens von drei bis vier Parteien abgestützt und sehr konstruktiv. Ihm zu unterstellen, dass er nur radikal polemisch politisiere, geht seiner Ansicht nach an der Realität und auch an dem vorbei, was auf dem Papier vorhanden ist.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP war an keinem der Gespräche, den runden Tischen und den konstruktiven Lösungsfindungsprozessen dabei. Sie weiss nur, was Mike Keller ihr erzählt hat, was im Gemeinderat diskutiert wurde und was sie hier im Rat gehört hat. Die Votantin versteht die Problematik mit der Frist. Darüber muss nicht diskutiert werden. Das ist schwierig. Nicht zuletzt hat der Einwohnerrat ja auch einen Kredit bewilligt für elektronische Anzeigen, also für die digitale Plakatierung. Leider hat der Gemeinderat etwas Mühe damit, die Standorte festzulegen. Aber es ist auch im Interesse des Gemeinderats, dass man dort zeitnah eine Lösung findet. Die nächste Gesamterneuerungswahl im nächsten Frühling möchte man nicht nochmals mit diesen langen Fristen durchführen müssen. Sie spürt den Druck, hat ihn gehört und verspricht den Anwesenden, dass sich der Gemeinderat bemühen wird, eine bessere Lösung als die heutige zu finden. Zurück zur Wildplakatierung sieht er, und das steht auch im Geschäft geschrieben, nicht als taugliche Lösung. Zumal sich der Gemeinderat bei einer Überweisung der Motion zuerst überlegen müsste, wie er dies genau machen möchte, denn der Vorschlag ist doch noch sehr unkonkret und vage. Der Gemeinderat ist daher klar der Ansicht, dass die Motion nicht überwiesen werden sollte, verspricht aber auch, dass er sich bemüht, die bestehende, unbefriedigende Situation mit den langen Prozessen zu verbessern.

ABSTIMMUNG

Überweisung Motion: 14 JA / 18 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

://: Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Dringliche interfraktionelle Interpellation: Einseitige Behördenpropaganda im Binninger Anzeiger zur Abstimmung des Werkhofneubaus vom 18. Juni 2023

1. *Was hat sich der Gemeinderat gedacht, eine derart einseitige Darstellung der Argumente im amtlichen Teil des Binninger Anzeigers zu publizieren?*

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP erklärt, der Gemeinderat habe nicht das geringste Interesse an einer Stimmrechtsbeschwerde, geschweige denn an einer erfolgreichen Stimmrechtsbeschwerde. Der Gemeinderat steht für das Projekt ein. Das will er nicht gefährden. Es ist im ureigensten Interesse des Gemeinderates, sachlich und ausgewogen zu informieren. Das Verbot, einseitig zu informieren, heisst aber nicht, dass der Gemeinderat grundsätzlich nicht informieren darf. Es ist nicht nur sein Recht, es ist auch seine Pflicht, die Stimmberechtigten über die Vorlage zu informieren. Wie er das tut, ist ihm überlassen. Nach der ersten Information zum Thema bereits von «Behördenpropaganda» zu sprechen, ist nicht angebracht.

Auch der Bundesrat nimmt vor jeder Abstimmung im Rahmen von Pressekonferenzen Stellung zu den Vorlagen. Aktuell vertritt Bundesrat Röstli das Klimaschutzgesetz und er wird von der eigenen Partei massiv angegangen und kritisiert, weil er angeblich nicht die Wahrheit sage. Es ist klar, dass Stellungnahmen von Bundesrat, Regierungsrat aber auch Gemeinderat nie komplett ausgewogen sind, weil sie letztlich immer auch die Haltung der Behörde widerspiegeln, die die Vorlage grundsätzlich befürwortet und so auch dem Parlament vorgelegt hat. Aber diese Aussagen und diese Informationen sind noch keine Propaganda, und schon gar nicht wird die Bevölkerung indoktriniert. Die Bevölkerung ist fähig, sich aufgrund der Fakten selbst ein Bild zu machen.

Der Gemeinderat wird im Binninger Anzeiger vom 25. Mai 2023 seine Haltung zu den beiden Vorlagen «Erweiterung Primarschulhaus Meiriacker» und «Neubau Werkhof» kommunizieren. Und in dieser Ausgabe werden auch allfällige Pro- und Contra-Komitees Gelegenheit haben, ausgeglichen an Zeilen, ihre Standpunkte darzulegen.

2. *Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass der verfassungsrechtliche Anspruch der Gesamtheit der Stimmberechtigten bei der aktuellen Abstimmung zuverlässig und unverfälscht zum Ausdruck gelangen kann?*

Im Rahmen der Abstimmungsinformation wird die politische Diskussion im Einwohnerrat abgebildet mit den Pro- und den Contra-Argumenten.

3. *Wird der Gemeinderat dem gegnerischen Komitee «Kein Werkhof am Friedhof!», welches durch die einreichenden Fraktionen unterstützt wird, den gleichen Raum im Binninger Anzeiger zur Verfügung stellen?*

Im Zusammenhang mit einer Volksinitiative oder einem fakultativen Referendum ist der Begriff «Komitee» klar adressierbar. Im Zusammenhang mit einem obligatorischen Referendum ist das eher unklar und nicht von vornherein klar adressierbar. Es ist in einer solchen Situation nicht Aufgabe der Verwaltung oder des Gemeinderats, über einen Aufruf einzelne oder mehrere Komitees ausfindig zu machen, die dann allenfalls ihre Stellungnahme abgeben könnten. Die Gemeinde wird aber, wie bereits erwähnt, den Pro- und Contra-Komitees im Binninger Anzeiger vom 25. Mai 2023 je 5 000 Zeichen für ihre Stellungnahme zur Verfügung stellen.

4. *Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die Abstimmungsinformationen eine zuverlässige und unverfälschte Darstellung der Argumente der Gegner des Werkhofneubaus enthält?*

Wie bereits erwähnt werden im Rahmen der Abstimmungsbroschüre die Pro-Argumente aus der einwohnerrätlichen Debatte und die Contra-Argumente aus der einwohnerrätlichen Debatte abgebildet.

5. *Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die Argumente beider Seiten in den Abstimmungsinformationen gleich oder gleichwertig aufgeführt sind?*

Die Votantin kann es nochmals sagen. In der Abstimmungsbroschüre werden die Pro- und Contra-Argumente abgebildet. Auf die Gleichwertigkeit wird selbstverständlich Wert gelegt und der Blick darauf gewahrt.

6. *Wird der Gemeinderat die Abstimmungsinformationen betreffend die gegnerischen Standpunkte vorgängig zur Ergänzung und Kommentierung vorlegen?*

Nein, das wird er nicht tun. Das Verfassen der Abstimmungsinformationen für ein obligatorisches Referendum ist Sache des Gemeinderats und nicht von befürwortenden oder gegnerischen Komitees, Parteien oder weiteren Gruppierungen. Dies im Unterschied zu fakultativen Referenden oder zu Initiativen, wo die Komitees Platz bekommen und ihr Text auch 1:1 abgedruckt werden muss. Bei einem obligatorischen Referendum ist dies nicht der Fall. Dies, abgesehen davon, auch in ständiger Praxis und Abklärung mit der Landeskanzlei. Die zuständige Gemeinderätin teilt mit, dass die Ratsmitglieder diese Antworten auch schriftlich erhalten. Sie werden morgen früh in der Cloud des Einwohnerrats online gestellt.

Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne fragt den Interpellanten, ob er zufrieden ist mit den Antworten, Diskussion wünscht oder eine Erklärung abgeben möchte.

Interpellant Christoph Daniel Maier, FDP bedankt sich für die Antworten. Er möchte die Antworten gerne zur Diskussion stellen und auch Gelegenheit erhalten, dazu eine kurze Stellungnahme abzugeben.

://: Diskussion wird stillschweigend beschlossen.

DISKUSSION

Interpellant Christoph Daniel Maier, FDP erläutert, er und die Mitunterzeichnenden der Interpellation haben mit einigermaßen Befremden zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat wiederum im amtlichen Teil des Binninger Anzeigers zum Thema der angesetzten Abstimmung eine aus ihrer Sicht einseitige Information platziert hat. Man kann sich darüber unterhalten, ob man selbstverständlich im politischen Diskurs jeweils die verschiedenen Ansichten miteinander austauscht und diese auch publizistisch gleichwertig einander gegenüberstellt. Davon zu unterscheiden ist, wenn der Gemeinderat im amtlichen Teil des Binninger Anzeigers etwas publiziert, das alleine durch den Ort, wo es publiziert wird, ein amtliches Mäntelchen erhält und dadurch auch eine ganz andere Prominenz. Das beginnt bereits damit, dass es an einem anderen Ort, nämlich vorne im Binninger Blättchen, publiziert wird, und es geht weiter damit, dass es unter dem Teil «amtliche Publikationen» publiziert wird.

Diese einseitige Stellungnahme – er nimmt an, unterstützt durch den Gemeinderat. Es ist ja nicht die Behördeninformation, wo der Gemeinderat seine eigene Stellungnahme kundtut. Sondern man lässt den Medienverantwortlichen den jetzigen Chef des Werkhofs interviewen und dies womöglich schön in der Wortwahl glätten, damit es gut rüberkommt. – wäre ihm auch gar kein solch grosser Dorn im Auge, wenn das an einem anderen Ort als unter den amtlichen Publikationen publiziert worden wäre. Wenn man nicht mehr versteht oder nicht mehr verstehen will, dass das eine Problematik ist, die so nicht geht, oder wenn man seit dem Jahr 2011, als der Gemeinderat von der Regierung genau wegen des Gleichen, auch zum Thema «Werkhof» angemahnt wurde und dies schlussendlich zu einer Wiederholung der Abstimmung geführt hat, wenn man das nicht mehr sieht, dann fehlt aus seiner Sicht die nötige Sensibilisierung für die demokratischen Informationsprozesse. Es geht hier nicht darum, das Minimum

des Gesetzes einzuhalten. Es geht darum, dass man miteinander dem politischen Diskurs, dem demokratischen Pflänzchen nicht das Licht abschraubt. Es ist wichtig, dass man sich mit voller Überzeugung, mit gleich langen Spiessen in der politischen Diskussion miteinander austauscht. Hier hat der Gemeinderat aus Sicht des Votanten mit der Publikation einer Abstimmungsinformation im amtlichen Teil eine Grenze überschritten.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderates zur Interpellation.

Traktandum 8

Diversa

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP möchte die Anwesenden gerne über den Fluglärm des letzten Jahres informieren. Es kommen einige Zahlen, aber die erscheinen ihm wichtig, damit man merkt, wie der Lärm in Binningen aussieht. Es waren 84 000 Flugbewegungen im Jahr 2022. Im 2019 waren es noch 100 000 Flugbewegungen. Nach Corona ist man schon fast wieder dort, wo man 2019 war. Auf der anderen Seite hat der Lärm auf der Südseite grundsätzlich zugenommen. 44 Prozent der Flugbewegungen wurden 2022 von und nach Süden abgewickelt. Seit dem 1.2.2022 gilt ein neues Flugregime. Es dürfen nach 23 Uhr keine Starts mehr erfolgen, wobei die Zeit ab dem Gate zählt, also dann, wenn das Flugzeug das Gate verlässt. Dort gibt es immer noch eine Differenz. Die Personen, die nach 23 Uhr ein Flugzeug hören, das heisst noch nicht, dass das Flugzeug verspätet gestartet ist. Zwischen 22 und 23 Uhr gibt es 57 Prozent mehr Flugverkehr als im Vorjahr. Zwischen 23 und 24 Uhr ist es ein Plus von 27 Prozent. Dies ist auch durch Corona bedingt, als die Zahlen zurückgegangen sind. Aber wie gesagt, man bewegt sich in der Tendenz wieder in Richtung der Zahlen von 2019. Die Nachtflugbewegungen zwischen 22 und 23 Uhr wurden zu 36 Prozent nach Süden abgewickelt im 2022. Im 2013 waren es nur 8 Prozent. Nach Norden sind es demzufolge im 2022 64 Prozent, im 2013 waren es 91 Prozent.

Das Verhältnis hat sich also stark geändert. Man muss davon ausgehen, dass das Verhältnis weiterhin so bleiben wird, sodass wir eigentlich fast die Hälfte des Flugverkehrs prästieren müssen. Dabei geht es nicht nur um die Landungen, sondern auch um die Starts. Zwischen 23 und 24 Uhr gab es 20 Prozent Südlandungen und -starts. 2013 waren es noch 5 Prozent. Auch dort hat sich das Verhältnis dahingehend geändert, dass wir mehr Flugverkehr in den heiklen Nachtstunden von 22 bis 23 Uhr und von 23 bis 24 Uhr übernehmen. Offiziell sind nach 23 Uhr 291 Flugzeuge gestartet. Dies nach der Definition «block off», ab dem Gate. Effektiv nach der Uhrzeit gemessen waren es 630 Flugzeuge. Also dreimal so viele wie statistisch ausgewiesen. 2019 war das Verhältnis noch viel tiefer. Da waren es 419 offiziell ausgewiesene und 573 effektiv gemessene. Es gibt dort also eine grosse Diskrepanz. Die Flugzeuge, die verbotenerweise gestartet sind, werden der ACNUSA gemeldet. Das ist die französische Aufsichtsbehörde. Es wurden 35 Bussen mit einer Gesamtsumme von 450 000 Euro erteilt. Das Geld wird an den französischen Staat überwiesen. Es fliesst in die Staatskasse. Es wird also nicht zugunsten von Flugminderungs- oder Schallschutzmassnahmen verwendet, sondern davon profitiert der französische Staat.

Die Zahl, die Binningen am meisten interessiert, ist die Südlandequote (ILS 33, Instrumentenlandesystem 33, d.h. die Flugzeuge kommen über den Jura und fliegen auf einer geraden Linie zum Flughafen). Dort war man 2022 bei 11,5 Prozent. Eigentlich sind 8 Prozent abgemacht oder maximal 10 Prozent. Bei über 10 Prozent sollte man eigentlich Massnahmen prüfen und vorschlagen. 2021 waren es 9,4 Prozent Südanflüge. Die Schuld für die hohe Südlandequote liegt beim Wetter, beim Wind. Der zuständige Gemeinderat findet es erstaunlich, dass der Wind komischerweise ab Juli stark abnimmt bis auf null im

Dezember. Das heisst, irgendwie kommt es im Frühling und im Juli zu Höchstständen. Im April lag die Quote bei 23 Prozent und im Juli bei 28 Prozent, aber es wird ja das ganze Jahr betrachtet. Es werden nun zusätzlich Wetterdaten verlangt, um zu prüfen, ob das Wetter Ende Jahr wirklich genauso ist, dass die Zahlen wieder nach unten kommen. Irgendwie ist es nicht ganz nachvollziehbar. Ein Bericht zu dieser Quote vom BAZL liegt leider noch nicht vor, aber es läuft darauf hinaus, dass das Wetter vorgeschoben wird und dass man vielleicht langfristig einfach eine neue Quote aushandeln sollte. Das sieht der zuständige Gemeinderat nicht ganz plastisch.

Es sind im Einwohnerrat noch Postulate offen bzgl. der Knotenregelung bei der Landung. Dort hat am 1.2.2022 die europäische Agentur für Flugsicherheit eine Empfehlung der ICAO übernommen, die besagt, dass die 5 Knoten eingehalten werden müssen. Man kann also nicht mehr darauf hoffen, dass man die Knotenregelung auf 8 oder 10 Prozent hochbekommt. Dort wurde nun der Riegel geschoben. Der Redner wird ein Geschäft vorbereiten, um das Postulat zu beantworten. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass es keinen Handlungsspielraum mehr gibt. Die Gemeinde erwartet vom Bundesamt für Zivilluftfahrt und von der DGAC im 2024 eine Auslegeordnung zum ILS 33. Der Votant ist aber wie gesagt nicht sehr optimistisch, dass dort etwas Sinnvolles rauskommt. Ein weiteres unangenehmes Thema für Binningen sind Direktstarts. Sprich, wenn die Flugzeuge vom Flughafen nach Süden direkt starten. Dort gab es 2021 3,2 Flugzeuge pro Tag. 2022 waren es 5,7 Flugzeuge pro Tag. Abgemacht waren maximal 8 Flugzeuge pro Tag. Das heisst, die Regel wird eingehalten. Es wird aber noch eine Aufschlüsselung nach Wochentagen und Tageszeiten verlangt. Er hat den starken Verdacht, dass es am Wochenende verstärkt erfolgt und unter der Woche weniger. Dazu werden noch Zahlen verlangt.

Der Schutzverband hat im Landrat eine Petition eingereicht. Darüber hat der zuständige Gemeinderat bereits berichtet. Der Regierungsrat hat diese an die Petitionskommission des Landrats überwiesen und eine erste Stellungnahme gemacht. Diese ist aus Sicht des Schutzverbands ungenügend und unbefriedigend. Er hofft sehr, dass der Landrat dem Nachdruck verleihen wird, damit noch mehr Druck gegenüber dem Euroairport entwickelt werden kann. Bei der Fluglärmmmission gibt es immer wieder neue Zyklen. Ab Juni 2023 gibt es ein neues Präsidium. Die letzten acht Jahre wurde die Kommission von Basel-Stadt präsiert. Er findet, es wäre nun an Baselland, dort das Präsidium zu besetzen, denn Baselland hat mehr Fluglärm auszuhalten als Basel-Stadt. Er hofft, dass dies in Liestal gehört wird. Er dankt für die Kenntnisnahme und steht für Fragen zur Verfügung.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne teilt mit, ursprünglich sei geplant gewesen, mit dem Einwohnerratsgeschäft über die Abrechnung der Sanierung des Neusatzschulhauses darüber zu informieren, welche Lehren der Gemeinderat aus den Baumängeln und Kostenüberschreitungen beim Neusatz-Umbau gezogen hat. Da sich das Geschäft aus den in der letzten Einwohnerratssitzung genannten Gründen verzögern wird, möchte sie die Information dem Einwohnerrat bereits jetzt geben und nicht vorenthalten. Die negativen Projektverläufe bei den Sanierungen des Schlosses und des Neusatzschulhauses haben gezeigt, dass es bei grösseren Projekten dringend notwendig ist, ein professionelles Risiko- und Bauprojektmanagement zu haben. Dazu wurde eine Strategie zur Risikoreduktion bzw. zur Eingrenzung der Risiken erarbeitet. Um in der Verwaltung weiterhin die nötigen Ressourcen für all die anstehenden Projekte und die damit verbundenen Risiko- und Projektmanagements bereitstellen zu können, mussten beim Hochbau und Bauplanmanagement Schnittstellen mit Planern bzw. ausführenden Unternehmen reduziert werden. Dazu wird jetzt für grössere Projekte das Modell des Generalplaners vorgeschlagen und auch eingeführt.

Das Modell «Generalplaner» hat viele Vorteile. Die Führung von Fachplanern und Unternehmen obliegt dem Generalplaner, der die Ressourcen und einen erfahrenen Mitarbeiterpool bereitstellen kann. Nebst der zeitlichen Entlastung für HOP wird bei einer Auslagerung der Gesamtplanung auch die Kontinuität der Planungsleitung verbessert. Allfällige Ausfälle oder Austritte beim Bauplanmanagement HOP sind daher weniger folgeschwer, weil der Generalplaner bleibt. Es führt auch zu einer höheren Planungs- und Kostensicherheit. Daher hat der Gemeinderat beschlossen, dass alle künftigen Grossprojekte der

Gemeinde durch Generalplaner geplant, ausgeschrieben und bis zur Abnahme begleitet werden. Vor allem der Schulcampus Dorf als grösstes Bauprojekt seit Jahren soll davon profitieren können. Generalplanerverträge sind mittlerweile für alle grösseren Bauvorhaben in der gesamten Schweiz üblich, insbesondere bei öffentlichen Bauherren. Binningen ist also mit der Generalplanerstrategie in guter Gesellschaft, aus gutem Grund. Die Rednerin hofft, dass man nun den Binninger Schulraum, den man als erstes in Angriff nehmen wird, schnell und speditiv planen und bauen kann.

Thomas Hafner, Mitte/GLP erklärt, die Einwohnerratspräsidentin habe es bereits erwähnt, aber er möchte Andrea Alt auch noch kurz von Seiten seiner Fraktion herzlich danken. Sie dachten, dass Andrea Alt an der nächsten Sitzung noch anwesend sein wird, aber es hat sich nun ergeben, dass sie mit der Schule abwesend sein wird. Andrea Alt war von 2008 bis 2012 Einwohnerrätin. Danach ging sie mit der Familie auf Namibia. Anschliessend war sie wieder von 2016 bis heute Ratsmitglied. Sie war im Schulrat aktiv, in der Bau- und Planungskommission und hat als Mitglied in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission mitgewirkt. Zudem war sie eine Zeit lang Fraktionspräsidentin der Mitte. Der Redner möchte Andrea Alt von Seiten seiner Fraktion für ihren Einsatz danken. *[Applaus]*

Christoph Daniel Maier, FDP hat nur eine kleine Frage. Er konnte vorhin nicht allen Zahlen folgen, die Gemeinderat Philippe Meerwein vorgelesen hat. Es wäre vielleicht gut, wenn man ein solch trockenes Zahlentraktandum, wenn irgendwie möglich, schriftlich abgeben würde. Das wäre für die Ratsmitglieder sehr interessant. Er findet die Ansätze, die man hier in Bezug auf die Flugbewegungen verfolgt sehr spannend. Sein Eindruck, als jemand, der unter dieser Flugroute lebt, ist, dass es jeweils gegen Feierabend oder am Wochenende viel mehr Nordwind hat und die Südanflüge dann doch sehr stark zunehmen. Der Verdacht ist natürlich, aber das ist nicht zu prüfen, dass dies mehr der Effizienzsteigerung des Flughafens zu verdanken ist, als irgendetwas anderem.

Präsidentin Beatrice Büschlen, Grüne kann den Einwohnerratsausflug ankündigen. Dieser wird am Samstag, 17. Juni 2023 am Nachmittag stattfinden. Die Einladungen werden noch verschickt. Sie bittet die Anwesenden, sich den Termin in ihre Agenden einzutragen und hofft, dass sie Andrea Alt an diesem Nachmittag ebenfalls nochmals sehen wird und man etwas plaudern kann. Die Rednerin dankt für das Engagement heute Abend und schliesst die Sitzung um 22.00 Uhr.

